Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 7 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 250 Grosch. Danzig 20 bz. 150 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 150 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 251. Bromberg, Dienstag den 1. November 1927. **51. Jahrg.**

Des gesetzlichen Feiertags (Aller Heiligen) wegen wird die nächste Nummer dieser Zeitung Mittwoch, den 2. November, nachmittags, ausgegeben.

Kein Grund zur Beschleunigung

Trąmpczyński über die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Senatsmarschall Trąmpczyński äußerte sich einem Vertreter des „Kurjer Poznański" gegenüber über die deutsch-polnischen Verhandlungen wie folgt:

„Wir haben keinen Grund, die Verhandlungen mit Deutschland über einen Handelsvertrag zu beschleunigen, denn die Zeit arbeitet für Polen. Der Zollkrieg, der im Jahre 1925 durch Deutschland hervorgerufen wurde, und anfänglich für uns sehr unbequem war, hatte schließlich für Polen sehr günstige Folgen. Er hat uns nämlich von unserer wirtschaftlichen Kraft überzeugt. Allmählich überzeugen wir die Deutschen, daß wir uns einen Vertrag nicht diktieren lassen. Einige Monate nach Ausbruch des Zollkrieges, also vor zwei Jahren, hatte ich Gelegenheit, in Warschau mit dem deutschen Gesandten zu sprechen. Ich äußerte schon damals meine Überzeugung dahin, daß der Zollkrieg sehr lange dauern würde, aber daß diese lange Dauer, nachdem es einmal zum Kriege gekommen ist, in Polens Interesse liege. Dem über meine Ansicht sich wundernden Herrn Rauscher erklärte ich, daß der Ausbruch des Zollkrieges uns eine Gefahr enthüllt hat, die darin liegt, daß man zu viel Waren von einem einzigen Lande bezieht, denn der Zollkrieg hat die polnischen Kunden gezwungen, in anderen Ländern Kredit zu suchen, und das hat bei der Menge der Geschäfte mit Deutschland bei uns gewisse Schwierigkeiten hervorgerufen. Also muß Polen, sagte ich damals, diesen Krieg benutzen, um die Menge der Einfuhrwaren aus Deutschland zu verringern. Da die Benutzung gewisser Einkaufsquellen eine Frage der Angewöhnung ist, kann nur eine längere Dauer des Krieges das polnische Volk von den deutschen Waren abbringen.

Herr Rauscher glaubte damals, das wäre ein Scherz, jetzt hat er sich überzeugt, daß dies eine durchaus ernste Kalkulation war. Nach den ersten Schwierigkeiten brachte der Zollkrieg Polen großen Nutzen. Es entstanden bei uns neue Zweige der Industrie, wir fanden neue Wege für den Export von Kohle, gezwungen durch den Zollkrieg, begannen wir in stärkerem Maße die Rohstoffe zu verarbeiten, die früher nach Deutschland ausgeführt wurden, also Holz, Fleisch, Kartoffeln."

Auf die Frage des Pressevertreters: Und Deutschland? entgegnete Herr Trąmpczyński:

„Den Deutschen, mit Ausnahme der deutschnationalen Agrarier, brennt der Boden unter den Füßen. Dank den reichen amerikanischen Krediten hat die deutsche Industrie ihre Fabriken erweitert, aber sie weiß nicht, wo sie ihre Erzeugnisse los werden soll. Deshalb macht sie, um sie los zu werden, immer riskantere Geschäfte. Man könnte mich beschuldigen, daß meine Ansichten aus der Antipathie gegen Deutschland entspringen. Dem ist nicht so. Meiner Ansicht nach muß man selbst mit einem grimmigen Feind unterhandeln, wenn es sich um beiderseitige Interessen handelt. Aber dieses Interesse sehe ich bei Polen nicht. Es sind eigentlich nur vier Ausfuhrwaren, für die eine Öffnung der Grenzen Polen einen gewissen Nutzen bringen könnte: Kohle, Kartoffeln, Holz und Fleisch. Was die Kohle anlangt, so ist das Interesse Polens, nachdem neue Wege für die Ausfuhr gefunden worden sind, geringer geworden. Die Kartoffeln haben wir in stärkerem Maße im Lande zu verarbeiten begonnen, anstatt die Verarbeitung Deutschland zu überlassen. Für die Ausfuhr von Rundholz nach Deutschland müßten wir sogar die Grenzen eher schließen, denn Deutschland führt unser Holz nach der Verarbeitung weiter aus. Und Fleisch? Auch hier sind neue Konservenfabriken in Polen entstanden, und sie bedeuten mehr als die Öffnung der deutschen Grenze bei veterinären Klauseln voller Perfidie. Außerdem hat Deutschland durch Gesetz auf die oben erwähnten Rohstoffe in Form eines Minimalzolls so hohe Gebühren gelegt, daß dadurch die ganze Ausfuhr paralysiert wird.

Ich komme nun zu der wichtigsten Frage. Zugleich mit dem Handelsvertrag soll ein Niederlassungsvertrag abgeschlossen werden, der anscheinend von den beiden Regierungen schon unterzeichnet worden ist. Dieser Vertrag ist unannehmbar. Das Verhalten Deutschlands hinsichtlich unserer Westgrenzen, namentlich sein zynisches Bekenntnis, daß es trotz des Versailler Vertrages die Grenzen niemals anerkennen könne, und neuerdings der Rat Lloyd Georges, Deutschland möchte auf Grund neuer Tatsachen eine Rektifizierung der Grenzen fordern, muß unsere Wachsamkeit verstärken. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß Deutschland in den Grenzwojewodschaften namentlich in Pommerellen bestrebt ist, das deutsche Element zu verstärken, z. B. durch Erteilung von Kredit an die Deutschen unter dem Deckmantel holländischer Banken, ferner durch Aufkauf polnischer Besitzungen, durch Ablehnung von Paßvisen an die Deutschen, die aus Polen auswandern wollen. Wenn wir in dem Vertrage über die Niederlassung nicht die Grenzwojewodschaften ausscheiden, wird eine neue Welle deutscher Einwanderer sich über diese Wojewodschaften ergießen, und man wird in kurzer Zeit in Genf auf neue Tatsachen hinweisen.

Auf die Frage des Pressevertreters, welche Schlußfolgerungen Herr Trąmpczyński aus diesen Darlegungen ziehe, erklärte letzterer:

1. daß die Bedingungen des Handelsvertrages mit Deutschland immer besser für uns werden, wenn wir geduldig warten, und

2. daß aus dem Niederlassungsvertrag die Grenzwojewodschaften ausgeschieden werden müssen, indem man dieselbe Klausel Deutschland anbietet. Unsere gesetzgebenden Körperschaften müssen die Ratifikation ablehnen, wenn die Regierung die zweite Bedingung nicht erfüllt."

*

Soweit Herr Trąmpczyński. Der Senatsmarschall ist zwar, wie er sagt, nicht grundsätzlich gegen den Vertrag mit Deutschland, sondern nur gegen die Beschleunigung der Verhandlungen darüber, da die „Zeit für Polen arbeite". Im Grunde richten sich aber seine Ausführungen gegen den Abschluß eines solchen Vertrages selbst, und was er an Argumenten dafür vorbringt, ist im Laufe der mehr als zweijährigen öffentlichen Diskussion darüber oft genug vorgebracht und ebenso oft widerlegt worden. Herr Trąmpczyński meint, die Fragen der Ausfuhr polnischer Waren seien nicht mehr so dringlich, nachdem sich Polen andere Märkte erschlossen hätte. Wenn es Herr Trąmpczyński noch nicht wissen sollte, so wird ihn jeder Kaufmann darüber aufklären, daß man seine Waren am vorteilhaftesten an seinen Nachbar verkauft, weil hier die Frachtkosten am billigsten, der Gewinn also am größten ist. Für seine Kohle z. B. hat Polen neue Absatzmärkte gefunden — ob für seinen ganzen Produktionsüberschuß möchten wir bezweifeln — aber leider hat Herr Trąmpczyński uns zu sagen vergessen, wie sich die Preise auf diesen neuen Märkten für die polnische Kohle stellen. Wir fürchten, daß sie erheblich niedriger sind als diejenigen, die der deutsche Nachbar gezahlt hat, und wir fürchten, daß die polnischen Exporteure auch noch die nicht unbeträchtlichen Frachtkosten auf ihre Kappe nehmen müssen. Wir berufen uns in dieser Beziehung auf eine Erklärung des Verbandes der englischen Grubenbesitzer, der durch seinen Sekretär W. A. Lee in einer Polemik gegen Lloyd George diesen beschuldigt, daß er es verschuldet habe, daß „polnische Kohle zu lächerlich billigen Preisen nach England kommt".

Schon diese kurze Erklärung allein rückt die ganze Exportfrage in eine wesentlich andere Beleuchtung, als sie ihr Herr Trąmpczyński zuteil werden läßt. Vielleicht noch schlechter als mit der Kohle steht es um das Holzgeschäft nach England. Polen liefert zurzeit beträchtliche Mengen Bretter nach England, aber jeder Holzinteressent wird Herrn Trąmpczyński sagen, daß das Geschäft völlig unrentabel ist, und daß es von polnischer Seite nur aufrecht erhalten wird, um die Mühlen in Gang zu erhalten und die Arbeiter zu beschäftigen. Wir denken, daß diese Hinweise genügen, um den Wert der Trąmpczyńskischen Beweise dafür zu kennzeichnen, daß die Zeit für Polen arbeitet.

Herr Trąmpczyński erzählt, der deutsche Gesandte in Warschau, Herr Rauscher, hätte seinerzeit seine (Trąmpczyńskis) Meinungsäußerung über die günstigen Folgen des Zollkrieges für Polen für einen Scherz gehalten. Nun wir glauben, daß Herr Rauscher von den jetzigen Auslassungen des Herrn Trąmpczyński dasselbe denken wird; namentlich den Vorschlag Tąmpczyńskis, die Grenzwojewodschaften, d. h. die ehemals preußischen Teilgebiete, aus dem Niederlassungsvertrag auszuscheiden, wird er für einen Scherz halten, und zwar für einen recht schlechten. Diese Frage ist ja nun bereits, wie Herr Trąmpczyński annimmt, in ein Stadium getreten, wo es heißt: „c'est à prendre ou à laisser", annehmen oder ablehnen, wo also ein Amendement des Herrn Trąmpczyński, den Deutschen die Niederlassung etwa in Polesie zu gestatten, aussichtslos wäre.

Wir glauben nicht, daß die jüngste Auslassung des Herrn Trąmpczyński auf die weitere Entwicklung der deutsch-polnischen Verhandlungen von ausschlaggebendem Einfluß sein werde. Dazu steht sie mit den realen Verhältnissen und auch mit den Stimmungen und Wünschen innerhalb des werktätigen Lebens in Polen in zu großem Widerstreit. Wir unsererseits stehen selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß ein Handelsvertrag zwischen zwei benachbarten Staaten, die sich in ihren Lebensverhältnissen ergänzen, für beide Teile nur von Vorteil sein kann, und daß er dazu beitragen muß, ihre produktiven Kräfte zu steigern.

*

Prądzyński nach Warschau berufen.

Warschau, 31. Oktober. (Eig. Meldung.) In den ersten Tagen der laufenden Woche wird Herr Prądzyński, der Vorsitzende der polnischen Delegation bei den deutsch-polnischen Handelsverhandlungen nach Warschau kommen — (oder vielleicht gar für längere Zeit zurückkehren? — D. R.).

Ein Attentat auf den Staatspräsidenten von Griechenland.

Athen, 31. Oktober. (PAT.) Der Präsident der griechischen Republik Kondurlotis ist gestern das Opfer eines Attentats geworden. Als er das Rathaus verlassen hatte, um nach Eröffnung eines Bürgermeisterkongresses das Auto zu besteigen, gab ein junger Mann auf ihn einen Revolverschuß ab und verletzte ihn leicht im Gesicht. Der Präsident wurde unverzüglich in eine in der Nähe befindliche Klinik geschafft. Die empörte Menge versuchte, den Attentäter, der unverzüglich verhaftet wurde, zu lynchen. Er heißt Safioros Gussios und ist 28 Jahre alt. Nach seiner Verhaftung simulierte er einen Taubstummen und machte seine Aussagen schriftlich. Er stellte es in Abrede, Komplicen zu haben. Bei der in seiner Wohnung vorgenommenen Revision wurden kommunistische Bücher und Zeitungen gefunden.

Auflösung der Kattowitzer Stadtverordnetenversammlung.

Kattowitz, 31. Oktober. Der schlesische Wojewodschaftsrat hat in einer außerordentlichen Sitzung auf Grund des schlesischen Gesetzes vom 11. Mai 1927 (Ermächtigungsgesetz) den Beschluß gefaßt, mit dem 29. Oktober die Stadtverordnetenversammlung in Kattowitz aufzulösen und an ihre Stelle eine kommissarische Stadtverordnetenversammlung, bestehend aus 15 Mitgliedern, zu ernennen, die bis zur Wahl einer neuen Stadtverordnetenversammlung amtieren soll. An der Spitze der kommissarischen Stadtverordnetenversammlung steht Dr. Włodzimierz Dąbrowski, sein Nachfolger ist ein gewisser Jan Schmigel.

Die aufgelöste Stadtverordnetenversammlung wurde am 14. November 1926 gewählt und hatte eine deutsche Mehrheit. Die deutschen Parteien verfügten in ihr über 34 Sitze, die polnischen nur über 26. Die Auflösung kommt nicht überraschend, da sie seit der Stadtverordnetensitzung vom 8. September, in der es wegen der Eröffnung der untersten Klassen der Mittelschulen mit den Polen zu einem Konflikt gekommen war, fast täglich von der polnischen Presse angekündigt wurde. Die kommissarische Stadtverordnetenversammlung setzt sich, wie die „Schlesische Zeitung mitteilt, aus zehn Polen und nur fünf Deutschen zusammen.

Der Auflösung verfielen auch die Stadtverordnetenversammlungen in Białystok „wegen Mangels an Initiative bei der Arbeit in der Selbstverwaltung und wegen Mangels an Vertrauen bei der örtlichen Bevölkerung zu ihr", desgleichen der Stadtrat von Slonim, wo auch der Bürgermeister Klimowicz nach einer durchgeführten Revision der Stadtwirtschaft vom Amte suspendiert wurde.

Keine Erhöhung der Beamtengehälter.

Eine Erklärung des Vizepremiers.

Warschau, 30. Oktober. (Eigene Meldung.) Gestern begann in Warschau der Kongreß von 22 Vereinigungen der staatlichen und autonomen Angestellten der Republik Polen, d. h. der sozialpolitisch gemäßigten Beamtenorganisationen, welche sich gewissermaßen im Gegensatz zu denjenigen Beamtenverbänden radikalerer Richtung befinden, deren leitendes Organ die zentrale Verständigungskommission der geistigen Arbeiter ist. Zu diesem Kongreß erschien auch der Vizepremier Bartel in Begleitung des Finanzvizeministers Grodyński und hielt eine längere Rede. Der Vizepremier sagte u. a.:

„Mögen sich die Herren über die staatlichen Einkünfte orientieren Man muß dessen eingedenk sein, daß die finanzielle und Budgetsituation Polens bis vor kurzem fließend war; daß wir der einzige Staat in der Welt sind, der zweimal die Stabilisierung der Valuta durchführen mußte. Die jetzt durchgeführte Stabilisierung muß die letzte sein." Weiter wies der Vizepremier darauf hin, daß der reale Wert der Staatseinkünfte geringer ist im Verhältnisse zu den Einkünften in den Jahren 1924 und 1925. Die jetzigen Einkünfte könnten als äußerst rosig erscheinen, wenn man die Änderung der Parität nicht berücksichtigen würde. „**Die Situation des Staates ist also durchaus nicht so rosig.** Nur auf dem Wege der Sparsamkeit auf allen Gebieten und in allen Zweigen konnten wir es zum gegenwärtigen Momente der Stabilisierung bringen. Dieser Faktor der Stabilisierung hat erst den Emporschwung des wirtschaftlichen Lebens zu eröffnen und zu ermöglichen, und nur durch den kräftigeren Pulsschlag dieses Lebens wird man die Einkünfte des Staatsschatzes erhöhen können. **Dann erst wird sich die Lösung des Beamtenproblems finden.** Es wurde die Hoffnung auf bewegliche Gehälter ausgesprochen. Ich möchte feststellen, **daß die Stabilisierung des Złoty bewegliche Gehälter absolut ausschließt;** das wäre nämlich die Streichung unserer ganzen außerordentlich schwierigen Arbeit an der Stabilisierung der Valuta. **Die Einführung der beweglichen Gehälter wäre ein großes Unglück."**

Der dornige Pfad.

Der Pfad führt von Berlin nach Warschau. — Die Dornen werden in Posen gestreut.

Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen nimmt der „Kurjer Poznański" im Leitartikel seiner Nr. 492 vom 27. Oktober wiederum das Wort; es heißt dort u. a.:

„Wir stellten unlängst fest, daß in den deutsch-polnischen Verhandlungen eine gewisse Wendung eingetreten sei. Es betrifft dies mehr die deutschen Kreise, denn auf polnischer Seit wurde schon seit längerer Zeit eine Politik der Zugeständnisse (?) an Deutschland betrieben, um sie zur Wiederaufnahme der Verhandlungen geneigt zu machen. Heute soll nun in Berlin, wie telegraphisch gemeldet wird, die so oft verschobene Sitzung des Reichskabinetts stattfinden, in der die Entscheidung fallen soll. Es unterliegt keinem Zweifel, daß von agrarischer Seite weiter große Schwierigkeiten gemacht werden; indessen wird Minister Stresemann unterstützt von einigen Finanz- und industriellen Kreisen und unterstützt auch von der Linken auf dem Standpunkt stehen, daß die Verhandlungen wieder aufzunehmen seien. Das bildet natürlich keine Präjudiz für die Bedingungen, die Deutschland wird stellen wollen. Von polnischer Seite baut man weiter goldene Brücken. Zwei halbamtliche Organe, der „Messager Polonais" und der „Głos Prawdy" bringen Artikel voll Optimismus."

Der „Kurjer Poznański" zitiert dann eine Auslassung des „Głos Prawdy" über den Rücktritt der Leiter der beiderseitigen Delegationen, die unseren Lesern bereits bekannt ist und zum mindesten in ihrem ersten Teil nicht

gerade als eine „goldene Brücke“ von Warschau nach Berlin angesehen werden kann.

Auch der „Messager Polonais“ (ein amtlich subventioniertes polnisches Organ in französischer Sprache. — D. Red.) schlägt einen optimistischen Ton an und verkündet das wahrscheinliche Ende des wirtschaftlichen Konflikts. Beide Blätter verlangen wirtschaftliche Konzessionen und weisen auf die Tatsache hin, daß Polen den Zollkrieg siegreich überstanden habe und wirtschaftlich stärker geworden sei. (?) „Wir machen uns“, so schreibt der „Messager Polonais“, keine Illusionen bezüglich der Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, aber unter der Voraussetzung, daß diese Schwierigkeiten den Rahmen der Wirtschaft nicht überschreiten werden, wird man sie überwinden können.“

„Diese Ansicht weist“ — so äußert sich der „Kurjer Poznański“ — „auf den doppelten Charakter der Frage hin, auf den wirtschaftlichen und den politischen. Wir wissen nicht, ob der wirtschaftliche Optimismus soweit gerechtfertigt ist. Die deutsche Landwirtschaft wird alle Anstrengungen machen in der Richtung, daß deutsche Zugeständnisse nicht zugelassen werden — die betreffenden Pressestimmen aus den letzten Tagen sind in dieser Hinsicht deutlich — oder sie wird sich dafür einsetzen, daß diese Zugeständnisse in jedem Falle nur so klein sein dürfen, daß der Vertrag tatsächlich nur ein sehr einseitiger wird. Die bisherigen deutschen Vorschläge können nicht genügen. Das Beispiel des Vertrages mit Jugoslawien beweist, daß Deutschland seine Interessen zu wahren versteht (und daß es auch anderswo üblich ist, die politische Atmosphäre zu bereinigen, um klare Wirtschaft treiben zu können. D. R.) Es gibt dort neben dem offiziellen Vertrag noch eine besondere Abmachung hauptsächlich über die Schweineeinfuhr, aber man hat dies mit Rücksicht auf Polen verschwiegen.

„Bei der bekannten polnischen Nachgiebigkeit (Ein guter Witz, lieber Kurjer! D. R.) ist es schwer, sich von der Sorge frei zu machen, daß der Abschluß des Vertrages für Polen nicht günstig ausfällt. Gewisse deutsche Kreise möchten gern bald einen Vertrag für längere Zeit abschließen. Wäre es aber für Polen nicht besser, vorerst ein Provisorium zu unterschreiben? Der deutsch-französische Vertrag ist auch nur für ein Jahr abgeschlossen. Was die politischen Vorbehalte des „Messager Polonais“ anbelangt, so sind sie richtig. Sie kommen indessen etwas spät. Von polnischer Seite wurden schon politische Versprechungen gemacht, namentlich in Sachen des Niederlassungsrechts (von dem fast ausschließlich die polnische Seite Nutzen hat! D. R.), und das im Gegensatz zur öffentlichen Meinung. Jene Vorbehalte weisen aber auf die letzten Ziele der deutschen Politik gegenüber Polen hin. In dieser Sache gibt es mit Polen keine Diskussion und kann es keine geben. (Wenn die Deutschen so und nicht ganz anders am 5. November 1916 gesprochen hätten?! D. R.) Wenn indessen die Erklärung des „Messager Polonais“ so verstanden werden soll, daß von polnischer Seite die Verhandlungen so geführt und der Vertrag so abgeschlossen werden soll, als wenn es keine solche Politik und keine solchen letzten Ziele gebe, so wäre das gefährlich. Man darf keinen Augenblick vergessen, worauf Deutschland hinaus will; denn sonst könnte man ihm leichtfertig die Arbeit erleichtern. Deshalb muß die Kenntnis dieses Ziels und des Strebens der „deutschen Politik während der Verhandlungen auf polnischer Seite lebendig sein“.

Zum Schluß macht der „Kurjer Poznański“ das wertvolle Eingeständnis, daß die maßgebenden Stellen bei den Besprechungen über das Niederlassungsrecht hinsichtlich der „deutschen Absichten“ nicht blind gewesen wären, d. h. mit anderen Worten: die vielgerühmte Einigung über das Niederlassungsrecht ist im Sinne des „Kurjer Poznański“ verlaufen. —

Man hat in der Redaktion des „Kurjer Poznański“ immer Angst vor den „bösen Deutschen“. Mit oder ohne Handelsvertrag. Mit oder ohne Freundschaftserklärungen von westlicher Seite. Und dieses Angstgefühl ist durchaus verständlich; denn man hat in der Redaktionsstube des „Kurjer Poznański“ und in ungezählten anderen Stuben auch noch — ein sehr schlechtes Gewissen.

Die Verständigung unter den Konservativen

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 30. Oktober. Im Juli 1927 hatten drei konservative Gruppierungen: **die „Christlich-nationale Partei“, die „Organisation der konservativen staatlichen Arbeit“** (mit dem Fürsten Sapieha an der Spitze), und **die „Nationale Rechte“** (deren Führer Graf Zdzisław Tarnowski und Fürst Janusz Radziwill sind) — eine Verständigungskommission zur Ausarbeitung der Richtlinien für eine solidarische Zusammenarbeit aller drei Gruppen ins Leben gerufen. In einer Sitzung der Verständigungskommission vom 15. Juli d. J. wurde eine Erklärung beschlossen, nach welcher die drei Gruppen ständig zusammenzuarbeiten haben „zwecks Bildung einer einzigen, großen Gruppierung, die sich auf den katholischen Gedanken und konservative sozialpolitische Begriffe stützen würde . . .“ In der Sitzung der Verständigungskommission vom 24. Oktober d. J. wurde eine gemeinsame programmatische Deklaration beschlossen, die an die Spitze der konservativen Postulate die Besserung der staatlichen Struktur stellt. Die Vorschläge dazu sind folgende: **„Der Exekutivgewalt, die durch die jetzige Verfassung gefesselt und abhängig gemacht ist, muß Dauerhaftigkeit, Beständigkeit und Selbständigkeit . . . gesichert werden.“ Zu diesem Zwecke „muß vor allem der Wirkungskreis des Staatsoberhauptes erweitert werden; dem Staatsoberhaupt sollen: 1. das sog. gesetzgeberische Vetorecht, sowie 2. erweiterte Attribute, die sich aus der Berufung der Regierung durch das Staatsoberhaupt ergeben, zustehen,** wobei die parlamentarische Verantwortung der Regierung beschränkt würde. Die Deklaration verlangt weiter eine sehr weitgehende **Reform der gesetzgebenden Körperschaften,** und zwar in dem Sinne, daß das Zweikammersystem durch die Ausstattung des Senats mit vollen Rechten zur gehörigen Geltung komme. Was die **Wahlordnung** betrifft, so muß sie gründlich umgeändert werden, vor allem durch Abschaffung des jetzt geltenden Wahlrechts, „das sogar den staatsfeindlichen Elementen die Möglichkeit gibt, einen schädlichen Einfluß auf die Geschicke des polnischen Staates auszuüben“. Die Deklaration verlangt auch **die Einführung eines Verfassungstribunals,** das unwiderruflich über die Übereinstimmung von Gesetzen und Akten der Exekutivgewalt zu entscheiden hätte. Ein sehr starker Nachdruck wird auf den nationalpolnischen Charakter des Staates gelegt. Es heißt in der Deklaration:

„Im polnischen Staate soll die polnische Nation, die diesen Staat geschaffen hat, die Möglichkeit haben, dessen Geschicke zu leiten (!). Im Verhältnis zu den nichtpolnischen Nationalitäten, die im polnischen Staate angesiedelt sind, ist zu erstreben: die Verbreitung des Gefühls der Loyalität unter ihnen gegenüber dem polnischen Staate bei völliger Freiheit der Pflege ihrer Eigentümlichkeiten und Entwickelung ihrer besonderen Kultur und bei gleichzeitiger Nichtzulassung zu Wühlereien gegen die Einheitlichkeit der Republik. Die Entwickelung des Nationalgefühls bei Stämmen, welche seit Jahrhunderten zur polnischen Kultur hinneigen, hat nicht künstlich und nicht zum Schaden des polnischen Elements in den Randgebieten zu erfolgen.“

Bezüglich der Agrarverfassung in Polen verwahrt sich die Deklaration gegen „die in der bisherigen Gesetzgebung zutage tretende Richtung, die auf ein willkürliches Verfügen über privates Eigentum abzielt und gegen „die zwangsweise Enteignung“. Der Staat muß schon heute Vorkehrungen treffen zur Hemmung der allzu raschen Zersplitterung der Bauernwirtschaften und muß darauf Bedacht nehmen, daß der Stand des Gutseigentums in einem Umfange verbleibe, der die Selbstgenügsamkeit des Landes in bezug auf die Ernährung für den Fall der Schließung oder Bedrohung der Grenzen sicherstellen würde.“

Einen sehr wichtigen Platz in der Deklaration nimmt das konfessionelle Postulat ein. „Im staatlichen Leben muß die Voranstellung der katholischen Kirche gewahrt werden, unter Erhaltung des Friedens auf konfessionellem Gebiete, doch ohne schädliche Nachsicht für verschiedene Wühlereien, welche unter der religiösen Hülle auftreten.“

Auf der Grundlage obiger Postulate — so heißt es weiter in der Deklaration — wollen die oben genannten konservativen Gruppen zusammenwirken. Sie werden „die Bestrebungen der Regierung, die auf eine dauernde und gründliche Reform der staatlichen Struktur abzielen und alle Unternehmungen (der Regierung), die im Sinne obiger Grundsätze sein werden, unterstützen.“

Zur Konzentrierung der Wirksamkeit und Vertiefung des politischen Gedankens wurde beschlossen, **ein konservatives Komitee,** bestehend aus Vertretern der drei Gruppen, zu bilden. Dieses ständige Komitee, dessen Beschlüsse einmütig zu fassen sind, wird die politische und organisatorische Arbeit der drei Gruppen in Einklang bringen und die Grundsätze des Handelns sowie die gemeinsame Taktik, zumal angesichts der nahenden Wahlen festsetzen. Das konservative Komitee wird einen aus drei Mitgliedern bestehenden Exekutivausschuß ins Leben rufen, welcher nach außen im Namen des Komitees auftreten wird.

So sieht die gegenwärtige Phase der Konsolidierung der eminent konservativen polnischen Gruppen aus. Die drei konservativen Gruppen, welche die Deklaration unterzeichnet haben, schaffen sich, ohne daß sie organisatorische Sonderexistenz aufgibt, eine gemeinsame Aktionsbasis. Die drei Gruppen, von denen jede ihre besondere Geschichte hat, verzichten auf alle Bindungen von früherer Zeit her und auf Gegensätzlichkeiten, die jetzt vollständig unaktuell sind (wie die Gegensätzlichkeit zwischen der Nationalen Rechten oder den sog. Krakauer Konservativen und den Christlichen Nationalen, welche mit der Nationaldemokratie und der Christlichen Demokratie seinerzeit den „Chjena“-Block gebildet haben). Die drei Gruppen betreten bewußt den Weg, der allmählich zur Verschmelzung zu einer einzigen Partei führen kann. Sie tun es, um sich gegen die demokratische Flut zu behaupten. Diejenigen Konservativen, welche sich bisher notgedrungen im Schlepptau der Nationaldemokratie befanden, ihre Interessen aber durch diese Partei nur ungenügend vertreten sahen, dürften vorziehen, nun ins ausgesprochen konservative Lager hinüberzuschwenken, anstatt die über die Nationaldemokratie hereinbrechenden Bedrängnisse am eigenen Leibe zu erleben.

Die Deklaration der drei konservativen Gruppen ist als Werk eines Kompromisses — eines, wie manche spotten, faulen Kompromisses, weniger dadurch interessant, was sie sagt, als dadurch, daß sie manches nur ganz leise andeutet und einiges sogar verschweigt. Zum Monarchismus findet sich in der Deklaration kein offenes Bekenntnis vor — auch die Klippe des Verhältnisses zur Regierung wird vorsichtig vermieden.

Diese letztere Vorsicht kann der Regierung sicherlich nur erwünscht sein. Für die Regierung ist schon die lediglich Tatsache der Bildung einer konservativen Koalition, die der Nationaldemokratie einen Teil ihrer Basis entzieht, ein erheblicher politischer Vorteil. Jede an die Regierung gerichtete Vertrauenskundgebung (wie sie der Wilnaer Gruppe vielleicht naheläge) würde die Werbekraft der neuen Koalition unter gewissen Elementen beeinträchtigen und die Bestrebungen der Regierung, die demokratischen Elemente nicht allzu sehr in die Opposition zu drängen, vereiteln.

Der Sündenbock.

Im Zusammenhange mit der inmitten der „Piast“-Partei eingetretenen Spaltung wurden gestern in den Wandelgängen des Sejm Gerüchte laut, daß Witos in nächster Zeit den Vorsitz im „Piast“ niederlegen werde. Witos wird die Hauptschuld an dem Zerfall der Partei zugeschrieben. Er soll auch für längere Zeit Polen ganz verlassen und sich nach Amerika begeben, wo er eine Propagandatätigkeit für seine Partei unter den dortigen polnischen Emigranten entwickeln wird.

Man will den Vorsitz einem Manne übertragen, der mehr Einfluß auf die „Abtrünnigen“ haben würde. Als solche Männer werden der Sejmmarschall Rataj wie auch der Vizemarschall Dembski angesehen. Die „Piast“-Leute glauben, daß, wenn einer von diesen beiden den Vorsitz der Partei übernehmen würde, wenigstens einige der Sezessionisten zur Partei zurückkehren würden.

Studentenkundgebung in Krakau.

Krakau, 29. Oktober. Gestern fand in der Jagiellonischen Universität eine große Versammlung der Studenten statt, die einberufen worden war, um gegen die Verprügelung eines Studenten durch die Polizei zu protestieren. Der Südslawe Iwo Cornera hatte auf der Straße in angetrunkenem Zustande eine Gesellschaft belästigt. Er wurde verhaftet und von der Polizei tüchtig geprügelt. Die Versammlung, an der hervorragende Professoren der Universität teilnahmen, faßte eine Entschließung, in der gegen das Verhalten der Polizei scharf protestiert wurde. Nach Schluß der Versammlung ordnete sich ein Zug von 800 Studenten, der ruhig in der Richtung der Slawkowska abmarschierte. Plötzlich erschien berittene Polizei, die in den Zug hineinritt und mehrere Studenten verletzte. Anschließend an diesen Vorfall begab sich eine Studentenabordnung zum Wojewoden Darowski, bei dem sie Beschwerde einlegte.

Entpolitisierung der Richter in der Tschechoslowakei?

Prag, 28. Oktober. Die beiden Richtervereinigungen wenden sich an ihre Mitglieder mit der Anfrage, wie sie sich zu einer eventuellen Aufhebung des aktiven und passiven Wahlrechts der Richter stellen würden, denn es bestehe in Kreisen der Regierung die Absicht, eventl. diese Verfügung in Form eines Gesetzentwurfs zu beantragen, um die Richterschaft zu entpolitisieren. Gleichzeitig würden die Richter durch diese Aufhebung des Wahlrechts materiell besser gestellt werden, weil sie im Sinne der neuen Steuergesetze keine Einkommensteuer zu zahlen hätten, wenn ihnen das Wahlrecht entzogen würde. Über diese Frage wurde bereits gelegentlich der Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft der deutschen Richter in Leitmeritz verhandelt, ohne daß ein Beschluß gefaßt worden wäre. Dieser wurde vielmehr dem Ergebnis der vorzunehmenden schriftlichen Abstimmung aller Richter vorbehalten.

Cecils Friedensprogramm.

Lord Cecil sprach dieser Tage auf Einladung der Universität London in einem Vortrag über sein Friedensprogramm und führte aus: Die Zusammenarbeit der Völker ist nur durch den Völkerbund möglich, dessen wichtigste Aufgabe die Lösung der Abrüstungsfrage ist. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Zusammenarbeit durch die Sanierung Österreichs und Ungarns durch den Völkerbund bereits in weitem Maß zutage getreten, aber so lange der Völkerbund die Möglichkeit eines Krieges nicht aus dem Weg zu schaffen vermag, kann das bisher Erreichte auf einen Schlag zunichte gemacht werden. Cecil trat dafür ein, daß auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundpaktes möglichst alle Streitfragen dem Völkerbund unterbreitet werden, ehe man von einer unmittelbaren Kriegsgefahr sprechen kann. Niemand, sagte er, darf vergessen, daß die allgemeinen Interessen des Landes weit wichtiger sind, als ihre Feindseligkeiten. Man soll sich endlich von dem Gedanken befreien, daß der Krieg eine unvermeidliche Notwendigkeit sei. Ebenso wie Lloyd George forderte Lord Cecil, zu handeln, so lange die Erinnerung an die Kriegseindrücke noch nicht erloschen ist. Cecil schilderte die Zukunft Europas sehr schwarz, da es noch Nationen gebe, die mit ihren Grenzen nicht zufrieden seien. Demgegenüber dürfe man nicht gleichgültig sein.

Italiens Mittelmeerpolitik.

Aus Tanger, 28. Oktober, erhält die „Deutsche Allg. Ztg.“ folgende autorisierte, d. h. wohl: auf eine amtliche italienische Quelle zurückzuführende Meldung über die italienische Tangerpolitik:

Italien ist mehr als jede andere Großmacht eine Mittelmeermacht, und der Umstand, daß die Bevölkerung Italiens um eine halbe Million jährlich zunimmt, legt der italienischen Regierung die Verpflichtung auf, jede Änderung des status quo, die die Küste des Mittelländischen Meeres beeinflußt, mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen, besonders wenn es sich, wie im Falle Tangers, um das Eingangstor zum Mittelmeer handelt. Als Ergebnis der Pariser Konferenz von 1923 wurde der Status von Tanger in weitgehendem Maße geändert, ohne daß die italienische Regierung dabei mitgewirkt und die Einführung dieser Modifikationen genehmigt hätte.

Aus diesem Grunde hat die italienische Regierung den internationalen Status Tangers nie anerkannt. Der Besuch des italienischen Geschwaders unter dem Kommando des Prinzen von Udine ist ein „Act de présence“ und ein Hinweis darauf, daß die italienische Regierung auf ihrer Politik der Nichtanerkennung des gegenwärtigen Status besteht und jede Regelung der Tangerfrage ablehnt, die ohne ihre Mitwirkung zustande kommt. Dieser Hinweis erscheint der italienischen Regierung angebracht in dem Augenblick, in dem die Verhandlungen über Tanger zwischen der französischen und der spanischen Regierung in Paris wieder aufgenommen werden. Die italienische Regierung ist durchaus bereit, die Bemühungen der anderen Mächte um eine endgültige Regelung der Tangerfrage zu unterstützen, aber sie legt Wert auf die Feststellung, daß ihre Mitwirkung nur unter der Bedingung möglich ist, daß sie auf der zu diesem Zwecke stattfindenden Konferenz auf der Basis voller Gleichberechtigung mit den anderen Mächten vertreten ist.

Das Deutschland von heute.

Wie Sauerwein darüber denkt.

Unter der Überschrift „Das Deutschland von heute“ beschäftigt sich Sauerwein im „Matin“ mit dem Problem der wirtschaftlichen Wiedergesundung Deutschlands und dem sogenannten „Hindenburg-Kult“. Er schreibt, daß Deutschland auf dem besten Wege sei, wirtschaftlich wieder zu erstehen und innerhalb weniger Jahre seinen früheren Wohlstand wiedergefunden haben werde. Es sei kein Grund vorhanden, daß dieser Fortschritt nicht zunehme, unter der Bedingung jedoch, daß Deutschland eine kluge Finanzpolitik treibe und Schwierigkeiten vermeide, zu deren Überwindung es noch nicht stark genug sei.

Sauerwein spricht dann von Hindenburg und der außerordentlichen Verehrung, die der Reichspräsident genießt. Man dürfe eine solche sentimentale Bewegung nicht überschätzen. Hindenburg sei weder die Personifikation des Revanchegeistes noch diejenige eines monarchistischen Gefühls. Treu Wilhelm II., als dieser Kaiser war, sei Hindenburg heute der unbestrittene Wall des republikanischen Regimes. Daher werde ihm auch von den verschiedensten Bevölkerungsklassen zugejubelt. Es bestünde nur eine Gefahr: Die Leichtigkeit, mit welcher Deutschland sich Dollar verschaffen könne, führe Deutschland nach und nach zu einem Streit mit seinen Gläubigern, der, von einer Devisen-Krisis begleitet, in einigen Monaten alles zerstören könne, was Deutschland bisher durch eine weitgehende Politik gewonnen habe.

Die polnischen Saisonarbeiter.

Warschau, 31. Oktober. (Eigene Meldung.) Wie dem „Glos Prawdy“ aus Berlin gemeldet wird, nehmen die in Berlin seit längerer Zeit über den Abschluß einer Konvention in Sachen der polnischen landwirtschaftlichen Saisonarbeiter geführten Verhandlungen einen zufriedenstellenden Verlauf. Über die strittigen Punkte sei bereits eine Einigung erzielt. Der Abschluß der Konvention dürfte schon in der nächsten Woche erfolgen.

Republik Polen.

Politische Verhaftungen in Kielce.

Warschau, 31. Oktober. (Eigene Meldung.) Die Polizeibehörden in Kielce haben gestern einige Beamte des Kielcer Magistrats verhaftet. Die Verhafteten werden beschuldigt, die Flugschrift über die angebliche Ermordung des Generals Zagórski durch Leute des „Strzelec“ — vervielfältigt zu haben. Die Untersuchung ist im Gange.

Deutsches Reich.

Waldecks Anschluß an Preußen.

Kassel, 28. Oktober. Die dieser Tage zwischen Vertretern des preußischen Ministeriums und der Waldecker Landesvertretung geführten Verhandlungen über die Anschlußfrage haben einen für alle Teile befriedigenden Abschluß gefunden, so daß der Anschluß, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, als gesichert gelten kann. — Zu dieser Meldung erfährt die Telegraphen-Union, daß die vereinigten Landes- und Verfassungsausschüsse in Arolsen in ihrer Mehrheit die Angliederung an die Provinz Westfalen wünschen statt an Hessen-Nassau.

Aus anderen Ländern.

Mc Neill Baron des Königreichs.

London, 28. Oktober. Der König hat heute Ronald Mc Neill, dem Nachfolger Viscount Cecils, als Vertreter Englands beim Völkerbund die Würde eines Barons des Vereinigten Königreichs verliehen.

Pommerellen.

31. Oktober.

Graudenz (Grudziądz).

* **Um die Kaserne in der Rehdenerstraße.** Bekanntlich bemüht sich die Verwaltung unserer Stadt sehr um die Beseitigung oder doch möglichste Linderung der Wohnungsnot. Eins der in dieser Hinsicht in Aussicht genommenen Mittel ist die pachtweise Übernahme der früheren 141er Kaserne in der Rehdenerstraße, deren viele Räumlichkeiten zum allergrößten Teile leerstehen, sich aber für die Unterbringung einer großen Zahl wohnungsbedürftiger Familien vorzüglich eignen würden. Die wichtige Angelegenheit ist jetzt in ein neues Stadium getreten, da der Magistrat dem Verkehrsministerium, das über die Kaserne zu verfügen hat, ein bestimmtes Angebot zwecks pachtweiser Überlassung der Kasernenbauten an die Stadt eingereicht hat. Hoffentlich gelangt das Angebot des Magistrats zur Annahme *

* **Butterprüfung.** Im Goldenen Löwen fand eine Butterprüfung statt. Insgesamt waren 68 Butterproben zu je 3 Pfund bereits vor mehreren Tagen eingegangen und von der hiesigen Zentralmolkerei aufbewahrt worden. Die Proben waren auf langen Tischen ohne Namensbezeichnung des Produzenten, nur mit Nummern versehen, aufgestellt. Die Prüfung wurde zuerst von einer aus hiesigen Molkereifachleuten bestehenden Kommission vorgenommen. Dann fand eine Nachprüfung statt durch eine Kommission, welche aus Buttergroßhändlern aus Warschau, Dresden und Berlin bestand. Die beste Qualität der Butter sollte 20 Punkte erhalten. Bei Butterproben, welcher die Kommission unter 18 Punkte zuerkannt hatte fand weder Angabe des Produzenten noch der Punktzahl statt. Durch dieses Prüfungssystem war eine unparteiische Konkurrenz garantiert. Es wurde geprüft nach Aussehen, Geschmack, Geruch, Bearbeitung. Die Prüfung war recht langwierig. Sie dauerte von morgens 8 Uhr bis Mittag. Es wurde folgendes Resultat bekannt gegeben: Es waren keiner Butter zwanzig Punkte zuerkannt. Von den 68 Proben erhielten folgende eine höhere Bewertung: Stolno 19, Concordia-Szoczyn 18, Schmiegel 18, Bukowitz 18, Murowana Goslin 18, Brachlin 18. Gr. Lunau 19, Mewe 19, Byschewo 18, Exin 18, Kendzyn 18, Plotka Pierani-Hohensalza 18, Strasburg 18, Gab. Daluge-Crone a. B. 18, Schweizerhof-Bromberg 18, Manthey-Kruschwitz 19. Romschin 18, Wittenburg 18, Joswidkowski-Pakosch 19, Hohenkirch 18, Adamski-Schlagentin 18. Olkiewicz-Culm 18. Schwersenz 19. Podwejgierski 19, Mogilno 18, Paulsdorf 19, Lubawa 18, Selgenau 18, Mieseiska 18, Gasiorowski-Strelno 18 Auf einer anderen Tafel sah man die verschiedensten Käsesorten. Von 23 Produzenten waren Hart- und Weichkäse vom Tilsiter bis zum Romadour, Steppenkäse und Harzer zur Prüfung gestellt. Nur Schweizer war nicht vertreten. Auch für Käse war dieselbe Preisbewertung festgesetzt. Die Höchstpunktzahl 20 war wieder keinem Produzenten zuerkannt worden. In der Kategorie Hartkäse erhielt die Firma Hunziker-Hilmarsdorf-Zajonskowo mit 19 Punkten die höchste Anerkennung, während die folgenden Produzenten Will-Nakel, Molkerei Tannenrode 18 Punkte erhielten. Für Weichkäse erhielten Netzband-Posen für Harzer 19, Kock-Bromberg 19 und Wiersch-Granau für Limburger sowie Hunziker für Limburger 18 Punkte. Nachmittags traten die Molkereifachleute zu Vorstands- und Kommissionssitzungen zusammen. *

* **Während des Marktes gestohlen** wurden ein Hund und 20 zł. *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Ausschneiden! — Aufheben!

Der verliebte Gesangsmeister. Singspiel in 2 Akten. heißt die zweite Oper, die die Kammer-Oper am Donnerstag, den 3. November, im Gemeindehause als Kriedte-Veranstaltung zur Aufführung gelangt. Lauretta kann ihren Gesangsmeister Lamberto nicht zufriedenstellen. Sie sind gerade in einer Auseinandersetzung begriffen, als der Theaterdirektor Collagiani erscheint. Er ist verzweifelt, denn er braucht einen neuen Sopran für das Stück des Lamberto — 10 Tage vor der Aufführung! Da kommt ihm Lauretta gerade recht. Ihre Stimme begeistert ihn so, daß er ihr nicht nur ein Engagement, sondern auch sein Herz anbietet. Lamberto überrascht ihn bei der Liebeserklärung und ist empört. Aber Lauretta benutzt ihre Position nur, um Collagiani gefügig zu machen: er muß den Meister mit engagieren! Nun ist Lamberto versöhnt und der Direktor der Geprellte. — Es empfiehlt sich, auch diese Inhaltsangabe ebenso wie die in der gestrigen Nummer gebrachte Inhaltsangabe der ersten Oper auszuschneiden und aufzubewahren, da es keine Textbücher gibt. Der Billettverkauf findet nur in der Buchhandlung Arnold Kriedte, Mickiewicza 3, statt. (13464 *

Nur noch wenige Tage dauert der von der Buchhandlung Arnold Kriedte, Grudziądz, Mickiewicza 3, angesetzte Verkauf von billigen Büchern an, die in der Ausstattung nicht mehr modern sind. Welchen Beifall dieser Ausverkauf auch wieder in diesem Jahre gefunden hat, kann man am besten aus dem Andrang ersehen, den dieser Ausverkauf jeden Tag herbeiführt. Es empfiehlt sich daher, die Bestände beizeiten durchzusehen. (13676 *

Thorn (Toruń).

Aus dem Stadtparlament.

„Nur" 34 Punkte waren diesmal auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den Antrag des Magistrats betreffs Festsetzung der Gemeindezuschlagssteuern zu den staatlichen Steuern. Man wollte von den Patenten zur Herstellung von alkoholhaltigen Getränken eine Zuschlagssteuer von 50 Prozent (bisher 20 Prozent) erheben, zur Getränkesteuer sogar 100 Prozent (bisher 20 Prozent). Dieses Projekt wurde jedoch abgelehnt. Somit verbleiben die bisherigen Sätze —auch für die Einkommensteuer 4, 4½ und 5 Prozent.

Der Haushaltsplan für die Stadtsparkasse wurde um 3250 zł ergänzt, da man die Gehälter der Beamten aufgebessert hatte, um eventuellen Veruntreuungen vorzubeugen.

Eine Anleihe von 5 550 000 zł will die Stadt von der Landeswirtschaftsbank aufnehmen, die zu folgenden Investitionsarbeiten verwandt werden soll: 3 000 000 zł als Anteil beim Bau der neuen Eisenbahnbrücke, 500 000 zł zum Bau des neuen Wojewodschaftsgebäudes, 1 000 000 zł zur Vergrößerung der Gasanstalt, 650 000 zł zum Straßenbau, 400 000 bzw. 600 000 zł zum Ausbau des Städtischen Schlachthauses, Ankauf neuzeitlicher Maschinen usw. Der Kredit soll zu 11 Prozent jährlicher Zinsen aufgenommen werden. Man ging sogar soweit, dem Magistrat die Vollmacht zu geben, einen Kredit von 10 Millionen zł aufzunehmen. Der Rest über 5 550 000 zł soll zur Erweiterung des Stadtkrankenhauses, Wohnungsbau usw. verwandt werden, wozu aber jedesmalige Kontrolle und Beschluß des Stadtparlaments notwendig sein soll. Die Brücke bei Münsterwalde ist 11 Millionen wert und wird von der Regierung der Stadt zur Verfügung gestellt. Die Brücke ist aber nur 10,5 Meter breit, würde den Interessen der Stadt also wenig nützen. Aus diesem Grunde muß die Stadt 3 Millionen Złoty zusteuern. Es soll nämlich neben dem Fahrwege und dem Fußsteige auch ein zweispuriges Geleise für die Straßenbahn gelegt werden. Mithin wird die Brücke dementsprechend verbreitert werden. Um die Zinsen für diese große Anleihe aufzubringen, sollen die städtischen Gebühren im Schlachthaus, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk, sowie im Krankenhaus um etwa 20 Prozent erhöht werden.

Den Notstandsarbeitern wurden die Löhne um 9 Prozent erhöht. Den städtischen Beamten, Arbeitern und Angestellten wird billiges Brennholz aus den städtischen Waldungen abgegeben. Der Antrag des Parlaments an die Wojewodschaft, die Zahl der besoldeten Stadträte von 5 auf 6 zu erhöhen, wurde von der Wojewodschaft abgelehnt. Dem Stadtsyndikus Richter Tomaszewski wurde die 5. Gehaltsklasse bewilligt.

Zu dem neuen Eisenbahnfahrplan nahm man folgenden Standpunkt ein: Gewünscht wird ein Tages-Schnellzug nach Posen, sowie ein Nacht-Personenzug nach Warschau. —dt * *

—dt **Jahrgang 1909!** Sämtliche männlichen Personen des Jahrganges 1909, wohnhaft im Bereiche der Stadt, haben sich in der Zeit vom 14. bis 18. November im Rathaus, Zimmer 10, zur Stammrolle anzumelden. * *

t **Der Bau einer neuen Eisenbahnlinie** von Thorn nach Bielsk in der Wojewodschaft Bialystok, die über Praszuyc und Ostrolenka führen soll, ist, wie verlautet, in Regierungskreisen beabsichtigt. Diese neue Linie würde eine große Zeit- und Kostenersparnis für alle Personen- und Warentransporte bedeuten, da man bisher stets den Umweg über Warschau mit in Kauf nehmen mußte. * *

—dt **Ausschreibungen.** Die Korbweidenernte in den städtischen Weidenplantagen bei Okraszyn, Ziegeleipark und an den Spargelfeldern wird durch den Magistrat vergeben. Reflektanten müssen sich im Rathaus, Zimmer 26, melden. — Niederungsland wird durch die Wasserbauverwaltung billig auf sechs Jahre verpachtet, und zwar bei Rudak, gegenüber der Stadt auf dem linken Weichselufer und bei Schmolln. * *

t **Die Erneuerungsarbeiten** an den alten Bürgersteigen und die Neuanlage derselben in bisher nicht befestigten Straßen schreiten merkbar vorwärts. Neben den kürzlich gemeldeten verbessernden Erneuerungen in der Bader-, Brücken- und Breitestraße ist inzwischen auch in der Mellin-

straße auf der letzthin verbreiterten südlichen Seite ein großes Stück Bürgersteig zwischen der Schul- und der Hofstraße neuentstanden. Auch hier hat man viereckige Zementplatten verlegt. Diese erscheinen praktischer als die bisherigen Granitplatten, die sich verhältnismäßig schnell abnutzen und dann sehr glatt werden. * *

t **Eine Straßensperre** war Freitag abend in der Gerstenstraße durch einen quer über die Straße geschobenen Fleischerwagen entstanden. Vermutlich handelt es sich um einen Dummenjungenstreich oder das Werk von Trunkenbolden. Glücklicherweise stand der Wagen gerade neben einer Laterne, so daß er schon von weitem sichtbar war. * *

—dt **Ein Ausflüglerheim** sollte in der Mellienstraße errichtet werden, um Ausflüglern aus anderen Städten eine billige und sichere Unterkunft zu schaffen. Leider scheint dieses Unternehmen an der Hartnäckigkeit des Magistrats zu scheitern, welcher von dem betr. Verein die Garantie fordert, sich zu verpflichten, innerhalb eines Jahres auf der abgegebenen Baustelle das Gebäude zu errichten. Auch soll dieses Komitee sich mit Barmitteln ausweisen. * *

t **Ein Deserteur**, der sich hier herumtrieb, wurde von der Polizei aufgegriffen und der Militärgendarmerie übergeben. * *

Culmsee (Chełmża).

Hundertjahrfeier der evangelischen Kirche Culmsee.

Am Sonntag beging die evangelische Gemeinde Culmsee feierlich den Tag, an dem vor 100 Jahren durch die Gnade des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. die um das Jahr 1800 gegründete evangelische Gemeinde ein eigenes Gotteshaus erhielt. Obwohl ursprünglich keine besondere Feier beabsichtigt war, darf wohl gesagt werden, daß es doch gut war, diesen Tag nicht sang- und klanglos vorübergehen zu lassen. Eine große Zahl von Festteilnehmern fand sich vormittags ein, um durch ihr Erscheinen zu bekunden, daß der evangelische Gemeinschaftsgeist noch lebendig ist. Zu Fuß, per Wagen und Auto fanden sich Gäste von nah und fern ein. Das Gotteshaus war im Innern wie auch am Portal festlich mit Grün und Blumen geschmückt, ebenso umrahmte eine grüne Girlande die Türe des evangelischen Pfarrhauses. Hier empfing und begrüßte Herr Pfarrer Kuberski die Mitglieder der kirchlichen Körperschaften, die um 3/4 10 Uhr den gemeinsamen Kirchgang antraten. Die Kirche, die noch in letzter Zeit eine neue Ausmalung erhalten hat und nun wieder einen hellen, freundlichen Eindruck macht, war fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach einem Orgelvorspiel und Prolog hielt Herr Superintendent Hiltmann die Liturgie, während Herr Generalsuperintendent D. Blau-Posen die Festpredigt übernommen hatte und in zu Herzen gehenden Worten über die Bedeutung des Tages sprach. Verschönt wurde der Gottesdienst durch die Gesänge der Gemeinde und durch die Violinbegleitung des Orgelspiels. Es war eine würdige Feier.

Nach Beendigung des Gottesdienstes begaben sich die Geistlichen, sowie die Mitglieder der kirchlichen Körperschaften zum Friedhof und statteten den Gräbern der ehemaligen Pfarrer einen Besuch ab. Das Wetter war köstlich, die Sonne schien warm auf alle die Erdhügel, auf denen die letzten Blumen blühen, und in allen Farben leuchten die Laubbäume. Auch viele andere Gemeindemitglieder besuchten die Stätte der Toten und weilten dort im stillen Gedenken.

Mittags 1 Uhr vereinte ein Essen im Pfarrhause eine Reihe von Gästen. Um 3 Uhr begann dann in der Kirche eine gelungene Nachfeier. Nach dem Eingangsliede verbreitete sich der Ortspfarrer in längerer Ansprache über die Geschichte des Gotteshauses und vermittelte einen guten Einblick in die früheren Verhältnisse. Weitere Ansprachen hielten Frau Superintendent Rhode über „Was erwartet die Kirche von der Frau als Mutter?" und Schwester M. Kleinert über „Was erwartet die Kirche von der Frau am Krankenbett?" Die Ansprachen wurden umrahmt von Gesängen und eindrucksvollen Deklamationen. Mit Dankesworten für die aus Anlaß des Tages gegebenen Geschenke wurde diese Feier beschlossen. Am heutigen Montag vormittag fand als Abschluß der Jahrhundertfeier in Zelgno, das vom hiesigen Pfarrer mitverwaltet wird, ein Reformationsgottesdienst statt, in dem außer der Predigt noch von Schwester M. Kleinert ein Vortrag gehalten wurde über das Thema „Die Arbeit der evangelischen Frau in der Kirche". +

◊ **Der letzte Wochenmarkt** war wieder gut beschickt. Vor allem wurde viel Weißkohl angeboten; es gab davon viele Waggonladungen, der Zentner zu 4,00, Kopf 0,10. Auch Kartoffeln waren in genügenden Mengen da; der Zentner kostete 4,00. Der Preis für Butter ist bedeutend gefallen, das Pfund kam auf 2,40—2,70 je nach Qualität. Für die Mandel Eier wurden allerdings 3,40—3,50 gefordert und bezahlt. Ferner kosteten: Enten lebend 4,00—5,50, geschlachtet 5,50—6,50, Gänse lebend 10,00—12,00, geschlachtet 1,00 pro Pfund, Aal 2,40, Hecht 1,50, kleine Bratfische 0,50 bis 0,60. Gemüse wird leider immer weniger und teurer. Die letzten Tomaten wurden mit 0,50 bezahlt, Blumenkohl 0,60—0,80 pro Kopf. Rotkohl 0,15, Rosenkohl Pfund 0,50, Mohrrüben 0,10. Die Obstpreise waren ziemlich unverändert. Auch Pilze gab es viel, das Maß 0,25—0,35. +

h. **Briesen** (Wąbrzeźno), 29. Oktober. In den letzten Tagen konnten der Schneidermeister A. Jordan und seine Ehefrau, geb. Serber, ihr goldenes Ehejubiläum begehen. Eine Delegation des Magistrats überbrachte den Jubilaren ihre Glückwünsche und eine Gedenkadresse und die Schneiderinnung einen Spazierstock mit Silberbeschlag. — In Friedrichau (Frydrychowo) brach ein Brand bei dem Landmann Jul. Hubert aus. Vernichtet wurde eine Scheune, mehrere Fuder Stroh und die landwirtschaftlichen Gerätschaften. In Gr. Radowiski brannten dem Besitzer Johann Dębowski das Wohnhaus, der Stall und zwei Scheunen nieder.

Neuenburg (Nowe), 28. Oktober. Der letzte Mittwoch-Wochenmarkt in Neuenburg litt zwar unter ungünstiger Witterung, brachte aber viel Butter für 2,20—2,50 je Pfund, Eier für 3,50—4,00 die Mandel. Kartoffeln in übergroßer Menge kosteten 4,00—5,00 der Zentner. Von Geflügel wurden junge Hühner mit 1,50—2,50, alte mit 3,00 bis 4,00 das Stück, geschlachtete Enten mit 1,30—1,70, Gänse mit 0,80—0,90 je Pfund abgegeben. Gemüse, Früchte und Obst zeigten nachstehende Preise: Mohrrüben ein Pfund 0,15, zwei 0,25, Blumenkohl Kopf 0,50—1,00, Weißkohl ein Pfund 0,10, drei 0,25, bei Großabnahme 3,50—4,00, Wruken im großen Quantum 2,00—2,50 der Zentner, Zwiebeln 0,15 bis 0,20, Rotkohl 0,15, Tomaten 0,40—0,50, weiße Bohnen 0,15—0,20, Birnen 0,60—0,70, Äpfel 0,20—0,30 je Pfund. Steinpilze, Grünlinge und Rehfüßchen 0,30—0,50 je Liter. Am Fischmarkt kosteten Aale 1,50—2,00, Hechte 1,50, Barse 1,50—1,70, Weißfische 0,30—0,50 das Pfund. — Ein Vieh-, Pferde- und Krammarkt fand am 27. d. M. in Neuenburg statt. Bei nicht sehr günstigem Wetter begann der Auftrieb ziemlich spät und war im ganzen gering. Gute Pferde waren äußerst wenig vorhanden und wurden mit 500—800, Arbeitspferde mit 200—400, schlechtere Tiere mit 70—150 gehandelt. Von Rindern brachte Jungvieh 150—300, mittlere bis schwere Milchkühe standen mit 300—500, höchstens bis zur Qualität von 600 zł im Preise. Geldmangel verursachte ein allgemein schleppendes Geschäft. Der sich anschließende Krammarkt brachte dieses Mal die Händler aus Kongreßpolen mit sich. Während am Rande des Marktplatzes die Verkäufer von Schuh- und Korbwaren nebst Sieben, Schaufeln usw. Platz fanden, hatten hauptsächlich in der Danzigerstraße und am Postplatz alle übrigen Aussteller sich niedergelassen. Es war auch hier allgemein viel Leben, aber wenig Umsatz, während die hiesigen Ladengeschäfte ein dagegen besseres Geschäft gemacht haben sollen.

a. **Schwetz** (Świecie), 29. Oktober. Bei schönem Herbstwetter war der heutige Sonnabend-Wochenmarkt verhältnismäßig gut beschickt und besucht. Die Preise waren im allgemeinen nicht viel abweichend von den vorigen, Butter kostete 2,50—2,70. Glumse 0,50 das Pfund, Eier 3,50—3,70 die Mandel. Es kostete ferner: Rosenkohl 0,50—0,60, Rotkohl 0,20—0,25, Weißkohl und Wirsingkohl 0,10—0,15, Spinat 0,25, weiße Bohnen 0,50, Zwiebeln 0,40, Kürbis 0,15, Tomaten 0,50, Grünkohl 0,15, Walnüsse 1,00—1,20 das Pfund, Blumenkohl 0,40—0,60 der Kopf. Auf dem Obstmarkt zahlte man für Birnen 0,60—0,70, Äpfel, beste Sorte, 0,50—0,70, Stettiner und Gravensteiner 0,40—0,60, Kochäpfel 0,30 pro Pfund. Es kosteten ferner: Steinpilze 1,50, Rehfüßchen 0,20—0,30 das Maß. Die Fleischpreise waren wie folgt: Schweinefleisch 1,70—1,90, Rindfleisch 1,60—1,80, Kalbfleisch 1,20—1,40, Hammelfleisch 1,30—1,50, Räucherspeck 2,80, Schmalz 3,00, Talg 2,00. Kartoffeln kommen noch in großen Mengen auf den Markt und wurden mit 4,00—4,50 pro Ztr. bezahlt.

Briefkasten der Redaktion.

A. B. 200. Aufgewertet wird dieser Betrag selbstverständlich auch, aber der Betrag, der der Aufwertung unterliegt, wird vermutlich nach dem Termin der Einzahlung in die Stettiner Sparkasse berechnet, und in dieser Zeit hatten 10 Papiermark nur einen Wert von 2,86 Goldmark.

Nr. 100. E. D. N. Für die 3000 Mark Restkaufgeld haben Sie etwa 60 Prozent = 163,60 Zł., und für die 3000 Mark Darlehn 15 Prozent = 40,90 Zł. zu zahlen.

E. M. 100. Sie wenden sich am zweckmäßigsten an die Generalkommission in Breslau, da die Generalkommission in Bromberg nach ihrer Auflösung lange Zeit vor dem Kriege ihre Akten zweifellos an die Breslauer Generalkommission abgegeben hat.

Das Gesetz gegen Bettler und Landstreicher.

In Nr. 92 des „Dziennik Ustaw" vom 25. Oktober wird die schon vor längerer Zeit angekündigte Verordnung über die Bekämpfung der Bettelei und des Herumtreibens veröffentlicht. Das Gesetz, das zwei Wochen nach der Veröffentlichung in Kraft tritt und auf Minderjährige bis zu 17 Jahren keine Anwendung findet, enthält u. a. folgende Bestimmungen:

Bettler im Sinne dieser Verordnung ist derjenige, der beruflich für sich auf irgendeine Art Almosen erbittet, Landstreicher dagegen, wer ohne Arbeit und Existenzmittel ständig seinen Aufenthaltsort ändert, ohne Absicht, Arbeit zu suchen. Die Bestimmungen dieser Verordnung finden auch Anwendung: a) auf Personen, die sich gewohnheitsmäßig dem Hazardspiel, der Trunksucht oder scharfer Narkotisierung derart hingeben, daß zu ihrer Unterhaltung oder zur Unterhaltung derjenigen, die zu ernähren sie verpflichtet sind, die Hilfe der sozialen Fürsorge in Anspruch genommen werden muß; b) auf Personen, die von der sozialen Fürsorge Unterstützungen beziehen, sich jedoch weigern, die ihnen angebotene, ihren Kräften und Bedingungen entsprechende Arbeit zu leisten.

Zur Bekämpfung der Bettelei und des Vagabundierens dienen: 1. Häuser für freiwillige Arbeit, 2. Herbergen, 3. Zwangsarbeitshäuser. Diese Anstalten erreichen ihr Ziel, je nach ihrer Bestimmung, durch: 1. Anstaltsfürsorge, 2. Erteilung von Unterricht und Vorbereitung zur Berufsarbeit, 3. Ausübung eines moralischen Einflusses, 4. zielbewußte und systematische Arbeit gegen Entgelt in Werkstätten oder außerhalb der Anstalt.

In **Häusern für freiwillige Arbeit** finden nach Möglichkeit und auf eigenen Wunsch Bettler und Landstreicher nach ihrer Entlassung aus dem Zwangsarbeitshause Aufnahme, Gefangene nach Verbüßung der Strafe, Personen, die nicht voll arbeitsfähig sind, sowie andere Personen, die nicht auf eine andere Art beschäftigt werden oder keine andere Arbeit finden können. Die Arbeit in Häusern für freiwillige Arbeit wird gegen Entgelt geleistet. Nicht aufgenommen werden Personen, die Existenzmittel besitzen oder vollkommen arbeitsunfähig sind. Das Verlassen des Hauses für freiwillige Arbeit ist gestattet. Unter Existenzmitteln versteht man auch die materielle Hilfe von einer dritten Person, wenngleich diese zu ihrer Erteilung nicht verpflichtet ist.

In **Herbergen** finden aus dem Titel der sozialen Fürsorge Aufnahme oder werden zwangsweise auf Grund einer Gerichtsentscheidung untergebracht vollständig arbeitsunfähige Bettler und Landstreicher, die keine Existenzmittel besitzen. In diese Anstalten werden auch aus dem Titel der sozialen Fürsorge andere Personen aufgenommen, die nicht im Besitze von Existenzmitteln und zur Arbeit vollkommen unfähig sind. Der zwangsweisen Unterbringung in der Herberge oder in einer besonderen Anstalt unterliegt der vollkommen arbeitsunfähige Bettler oder Landstreicher ohne Existenzmittel, der freiwillig in die Herberge aus dem Titel der sozialen Fürsorge nicht eintritt oder der, nachdem er Aufnahme gefunden, nach dem Verlassen der Herberge bettelt oder vagabundiert. Der zwangsweise in der Herberge untergebrachte Bettler oder Landstreicher wird durch die Herbergsleitung entlassen, wenn er genügend Existenzmittel erworben hat oder arbeitsfähig geworden ist. Personen, die aus dem Titel der sozialen Fürsorge in der Herberge verbleiben, ist das Verlassen der Herberge gestattet. Wird ein entlassener Bettler oder Landstreicher erneut beim Betteln oder Vagabundieren abgefaßt, so wird er durch das Gericht zwangweise in der Herberge untergebracht und kann dann lediglich auf Grund einer Gerichtsentscheidung entlassen werden.

In **Zwangsarbeitshäusern** werden Bettler und Landstreicher untergebracht, die arbeitsfähig sind, jedoch keine Existenzmittel besitzen, sofern das Gericht über sie die Unterbringung im Zwangsarbeitshause verhängt hat. Bettler oder Landstreicher, die arbeitsfähig sind und keine Existenzmittel haben, unterliegen der Unterbringung im Zwangsarbeitshause für die Zeit von 3 bis zu 6 Monaten. Wird ein zur Unterbringung im Zwangsarbeitshaus Verurteilter im Laufe von zwei Jahren nach seiner Entlassung aus der Zwangsarbeit erneut beim Betteln oder Landstreichen betroffen, so unterliegt er der Unterbringung im Zwangsarbeitshause für die Zeit von 3 Monaten bis zu 2 Jahren. Wenn das Gericht erkennt, daß die Unterbringung im Zwangsarbeitshause mit Rücksicht auf die vorherige Unbescholtenheit oder andere Umstände nicht angezeigt erscheint, kann die Anwendung dieses Mittels für die Zeit von 1 Jahre bis zu 3 Jahren zum Ruhen gebracht werden. In diesem Falle ordnet das Gericht für diese Zeit die Fürsorge gegenüber dem Verurteilten an, die dem zuständigen Organ der sozialen Fürsorge anvertraut wird. Die Hinausschiebung wird zurückgezogen, wenn sich der Verurteilte erneut des Bettelns oder Vagabundierens schuldig macht und der Termin der Hinausschiebung noch

nicht abgelaufen ist. Der im Zwangsarbeitshaus für einen längeren Termin als sechs Monate Untergebrachte kann nach Ablauf von mindestens sechs Monaten durch Gerichtsentscheidung auf Antrag der Leitung des Zwangsarbeitshauses vor dem Termin entlassen werden. Die Entlassung vor dem Termin ist im Falle guter Führung des Verurteilten während seines Verweilens im Zwangsarbeitshause gestattet, vorausgesetzt, daß die Möglichkeit eines ständigen Verdienstes oder der Erlangung einer anderen entsprechenden Lebensexistenz besteht. Bis zur Berufung der Organe der sozialen Fürsorge kann das Gericht die Polizeiaufsicht statt der Fürsorge anordnen. Geisteskranke, Epileptiker und Personen mit ansteckenden oder Ekel erregenden Krankheiten finden im Zwangsarbeitshaus und in der Herberge keine Aufnahme.

Wer bettelt, trotzdem er Existenzmittel besitzt, wird mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bestraft und, falls er sich des Vergehens im Laufe von fünf Jahren seit der Verbüßung der Strafe abermals schuldig gemacht hat, mit Gefängnis von einem Jahre bis zu fünf Jahren. Die Polizeiorgane sind verpflichtet, Bettler und Landstreicher festzunehmen und an das Kreisgericht abzuliefern. Wird festgestellt, daß der Festgenommene nicht beruflich, sondern nur vorübergehend infolge der Unmöglichkeit, Arbeit zu finden, bettelt oder sich herumtreibt, so ordnet das Gericht seine Überführung an die zur Fürsorge verpflichtete Gemeinde oder zum entsprechenden Amt oder in das Haus für freiwillige Arbeit an, um ihm Arbeitsmöglichkeit zu geben.

Zur Einrichtung und Unterhaltung von Häusern für freiwillige und Zwangsarbeit sind die kommunalen Wojewodschaftsverbände verpflichtet, wobei auf dem Gebiet jeder Wojewodschaft mindestens ein Zwangsarbeitshaus und ein Haus für freiwillige Arbeit einzurichten ist. Bis zur Bildung von kommunalen Wojewodschaftsverbänden sind die Kreiskommunalverbände sowie die einen eigenen Kreis bildenden Städte, die einen gemeinsamen Verband bilden, verpflichtet, Zwangsarbeitshäuser und Häuser für freiwillige Arbeit zu gründen und zu unterhalten.

Die Bekämpfung der Bettelei und des Herumtreibens von Minderjährigen bis zu 17 Jahren wird durch besondere Bestimmungen geregelt werden.

Der Untergang der „Mafalda.“

Alle Fahrgäste gerettet?

Wie die Berliner Hauptagentur der Navigazione Generale Italiana mitteilt, hat die Agentur der Gesellschaft in Rio de Janeiro an die Generaldirektion in Genua gemeldet, daß sämtliche Fahrgäste des untergegangenen Dampfers „Principessa Mafalda“ gerettet worden seien. Die genauen Verluste an Offizieren und Mannschaften konnten noch nicht festgestellt werden. Man glaubt aber nicht, daß die Zahl 20 überschritten wird. — Im Gegensatz dazu gab die Hauptagentur der Navigazione Generale Italiana in Buenos Aires einem Reuterbericht zufolge die Zahl der Vermißten noch am Freitag mit 324 an, nachdem alle Dampfer, die am Rettungswerk beteiligt waren, bereits in südamerikanischen Häfen angelaufen waren.

Haifische an der Unfallstelle.

Die Berichte von Schiffbrüchigen, die sich an Bord der „Alhena“ befanden, bestätigen, daß Haifischschwärme an der Unglücksstelle erschienen und viele Schiffbrüchige anfielen. Das Wasser soll stellenweise rot von Blut gewesen sein.

Gesunkene Millionenwerte.

An Bord der „Principessa Mafalda“ befanden sich 64 Millionen in Wertpapieren, die von der italienischen Regierung an die Filiale der Italienischen Staatsbank in Buenos Aires gesandt wurden. Der Wert der Frachtstücke wird auf 50 Millionen Lire geschätzt, zu welchem Verlust noch die Entschädigungen für das verlorene Passagiergut gerechnet werden müssen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Liquidation des polnisch-tschechischen Kohlenkonfliktes. Auf Intervention der polnischen bei der tschechoslowakischen Regierung zwecks Beilegung des infolge Streitigkeiten zwischen den polnischen und tschechoslowakischen, mit dem Kohlenverkehr zwischen beiden Ländern betrauten Firmen entstandenen Konfliktes ist es gelungen, eine Einigung zu erzielen. Der Schlüssel der Aufteilung des Kohlenhandels zwischen den Firmen der Länder ist wie folgt verteilt: die oberschlesischen Konzerne erhalten 40 Prozent, die Vertreter der tschechoslowakischen Banken ebenfalls 40 Prozent und die kleineren Unternehmen 20 Prozent des Kontingentes. Die Erlaubnis auf Einfuhr einiger Waggons Kohle wurde von dem tschechoslowakischen Minister für öffentliche Arbeiten bereits erteilt.

Neue polnische Ausfuhrprämien. Eine soeben im „Dziennik Ustaw“ (Nr. 91) veröffentlichte Verordnung der Finanz-, Handels- und Landwirtschaftsminister besagt, daß bei der Ausfuhr von Holz- und Metallbearbeitungsmaschinen, die im Inlande hergestellt sind, der für die aus dem Auslande eingeführten Waren und Materialien, die zur Herstellung der Maschinen Verwendung fanden, entrichtete Zoll zurückerstattet wird, und zwar für je 100 Kg. der genanten Maschinen 20 Zł. Die Verordnung ist am 28. Oktober in Kraft getreten und gilt für die Dauer von 6 Monaten. Mit gleicher Wirkungszeit wird in derselben Nummer des „Dz. Ustaw“ eine Verordnung bekanntgegeben, laut welcher bei der Ausfuhr von im Lande hergestellten Farbstoffen Zurückerstattungen für die aus dem Auslande zur Produktion der Farbstoffe verwendeten Materialien gewährt werden, und zwar für je 100 Kg. Farbstoffe 100 Zł.

Auf dem polnischen Hopfenmarkt bewegen sich die Erzeugerpreise gegenwärtig für bessere Qualitäten um 50 Dollar je 50 Kg. Geringere Qualitäten werden schon zu ca. 30 Dollar losgeschlagen. An besserer Ware scheint aber bereits Mangel vorzuliegen. Aus Wolhynien sind vor einigen Tagen größere Mengen nach Deutschland abgesetzt worden, von wo sie allerdings zum Teil weiter ins Ausland gehandelt werden. Im ganzen dürfte etwa die Hälfte der diesjährigen Ernte bereits zu Exportzwecken verkauft sein.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 31. Oktober auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zloty am 29. Oktober. Danzig: Ueberweisung 57,47 bis 57,61, bar 57.53—57,67, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,85 bis 47,05, Posen 46.875—47,075, bar 46,775—47,175, London: Ueberweisung 43,50, Riga: Ueberweisung 61,00, Zürich: Ueberweisung 58,10, Newyork: Ueberweisung 11,25. Bukarest: Ueberweisung 18,20, Budapest: bar 63,80—64,80, Czernowitz: Ueberweisung 18,05, Prag: 377,75, Mailand: Ueberw. 206.

Warschauer Börse vom 29. Oktober. Umsätze. Verkauf—Kauf. Belgien —, Budapest —, Oslo —, Holland —, Kopenhagen —, London 43,42, 43,52 — 43,32, Newyork 8,90, 8,92 — 8,88, Paris 35,00, 35,09 — 34,91, Prag 26,41½, 26,48 — 26,35, Riga —, Schweiz 171,95, 172,38 — 171,52, Stockholm —, Wien 125,85, 126,16 — 125,54, Italien —.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 29. Oktober. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 24,985 Gd., —,— Br., Newyork 5.1165 Gd., 5,1285 Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,47 Gd., 57,61 Br. — Noten: London —,— Gd., —,— Br., Newyork 5,1244 Gd., 5,1377 Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Polen 57,53 Gd., 57,67 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 29. Oktober. Geld	Brief	In Reichsmark 28. Oktober Geld	Brief
	Buenos-Aires 1 Pes.	1.784	1.788	1.784	1.788
—	Kanada . . 1 Dollar	4.187	4.195	4.186	4.194
5.48%	Japan . . . . 1 Yen.	1.948	1.952	1.948	1.952
—	Konstantin 1 trk. Pfd.	20.893	20.933	20.885	20.925
—	Kairo . . . 1 äg. Pfd.	2.225	2.229	2.223	2.227
4.5%	London 1 Pfd. Sterl.	20.37	20.41	20.363	20.403
3.5%	Newyork . . 1 Dollar	4.1820	4.1900	4.1810	4.1890
—	RiodeJaneiro 1 Milr.	0.500	0.502	0.500	0.502
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.256	4.264	4.256	4.264
4.5%	Amsterdam . 100 Fl.	168 53	168.87	168.38	168.72
10%	Athen	5.544	5.556	5.544	5.556
5.5%	Brüssel-Ant. 100 Frc.	58.27	58.39	58.22	58.34
6%	Danzig . . 100 Guld.	81.47	81.63	81.40	81.56
6.5%	Helsingfors 100 fi. M.	10.538	10.558	10.533	10.553
7%	Italien . . . 100 Lira	22.835	22.875	22.85	22.89
7%	Jugoslavien 100 Din.	7.370	7.384	7.370	7.384
5%	Kopenhagen 100 Kr.	112.10	112.32	112.04	112.26
8%	Lissabon . 100 Esc.	20.58	20.62	20.58	20.62
4.5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	110.14	110.36	110.14	110.36
5%	Paris . . . . 100 Frc.	16.415	16.455	16.415	16.455
5%	Prag . . . . . 100 Kr.	12.335	12.415	12.392	12.412
3.5%	Schweiz . . 100 Frc.	80.64	80.80	80.61	80.77
10%	Sofia . . . 100 Leva	3.022	3.028	3.023	3.028
5%	Spanien . . 100 Pes.	71.53	71.67	71.47	71.61
4%	Stockholm . 100 Kr.	112.57	112.79	112.58	112.80
6.5%	Wien . . . . . 100 Kr.	59.04	59.16	59.03	59.15
6%	Budapest . . . Pengö	73.13	73.27	73.13	73.27
8%	Warschau . . 100 Zł.	46.85	47.05	46.825	47.025

Züricher Börse vom 29. Oktober. (Amtlich.) Warschau 58,10, Newyork 5.1847, London 25,25¼, Paris 20,35¼, Wien 73,20, Prag 15,36½, Italien 28,33, Belgien 72,22½, Budapest 90,71½, Helsingfors 13,07, Sofia 3,74½, Holland 208,95, Oslo 136,60, Kopenhagen 139,05, Stockholm 139,60, Spanien 88,67½, Buenos Aires 2,21⅝, Tokio 2,41½, Bukarest 3,18, Athen 6,90, Berlin 123,85, Belgrad 9,13, Konstantinopel 2,75.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zł., do. kl. Scheine 8,84 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,23 Zł., 100 franz. Franken 34,85 Zł., 100 Schweizer Franken 171,18 Zł., 100 deutsche Mark 211,68 Zł., Danziger Gulden 172,70 Zł., österr. Schilling 125,29 Zł., tschech. Krone 26,30 Zloty.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 29. Oktober. Fest verzinsliche Werte: 5proz. Prämien-Dollaranleihe 63,00. 8proz. Doll.-Br. der Pos. Landsch. 92,00. Tendenz: unverändert. — Industrieaktien: Bank Przemysł. 1,10. Bank Zw. Sp. Zar. 93,50. Cegielski 57,00. C. Hartwig 57,00. Herzfeld-Viktorius 62,00. Dr. Roman May 120,00. Młyn Ziem. 3,00. Tri 32,00. Wytw. Chem. 1,00. Tendenz: unverändert.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 29. Oktober. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Weizen	46.50—47.50	Roggenkleie . . .	25.50—26.50
Roggen	37.75—38.75	Rübsen	59.00—65.00
Roggenmehl (65%) .	59.00	Eßkartoffeln . . .	6.45—6.70
Roggenmehl (70%) .	57.50	Fabrikkartoffeln . .	5.70—5.90
Weizenmehl (65%) .	71.50—73.50	Felderbsen	45.00—50.00
Braugerste	41.00—43.00	Folgeerbsen . . .	65.00—75.00
Marktgerste . . .	33.00—35.00	Viktoriaerbsen . .	65.00—90.00
Hafer	33.25—35.00	Stroh, gepr. . . .	—
Weizenkleie . . .	24.00—25.00	Heu, lose	—

Tendenz im allgemeinen ruhig. Für Weizen und Weizenmehl (65proz.) schwach, für Roggen, Roggenmehl (70proz.) fest, Braugerste und Hafer ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 29. Oktober. Getreide und Oelsaat für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 244—247 Oktober 273—273,50, Dezember 271, März 271. Roggen märk. 241—245, Okt. 246,50—246, Dez. 245,50—246, März 249,50 bis 240. Gerste: Sommergerste 220—268. Hafer: märk. 202 bis 214, Oktbr. 223, Dezember —,—. März 223,00. Mais loko Berlin 191—193,00. Weizenmehl 31,00—34,50. Roggenmehl 32,20 bis 33,70 Weizenkleie 14,50—14,75. Roggenkleie 14,75. Raps 335 bis 340. Viktoriaerbsen 52—57, kl. Speiseerbsen 35—37. Futtererbsen 22—24. Peluschken 21,00—22,00. Ackerbohnen 22—24. Wicken 22,00 bis 24,00. Lupinen blau 14,00 bis 14,50, do. gelb —,—. Rapskuchen 15,90—16,20. Leinkuchen 22,30 bis 22,50. Trockenschnitzel 10,50—10,70. Soyaschrot 20,00—20,40. Kartoffelflocken 23,40—23,80. Tendenz für Weizen still, Roggen matter, Gerste ruhig, Hafer matter, Mais ruhig, Weizenmehl ruhig, Roggenmehl ruhig, Weizen- und Roggenkleie behauptet.

Getreidepreise in der Woche vom 24.—29. Oktober.

	24. 10.	25. 10.	26. 10.	27. 10.	28. 10.	29. 10.
Roggen						
Warschau	39,40	40,75[1]	39,50	39,50	—	39,50
Posen	38,00	—	38,00	—	38,00	38,00
Weizen						
Warschau	—	—	51,75	—	48,50	49,50
Posen	47,00	—	47,00	—	—	47.00
Gerste						
Warschau	40,00[1]	—	42,00	—	41,50	41,50
Posen	41,00	—	41,00	—	41,00	41,00
Hafer						
Warschau	—	38,00	38,00	37,50	38,00	38,00
Posen	34,25	—	34,50	—	34,50	34,50

[1]) franko Warschau.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 29. Oktbr. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Hüttenrohzink (fr. Verkehr) — bis —. Remalted Plattenzink 47,50—48,50, Original-Alumin. (98—99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 210, do. in Walz- oder Drahtb. (99%) 214, Hüttenzinn (mindestens 99%) —,—, Reinnickel (98—99%) 340—350, Antimon (Regulus) 89—93, Silber i. Bar. für 1 Kilogr. 900 fein 74,00—78,00.

Holzmarkt.

Holz. Auf dem polnischen Holzmarkt hält die starke Belebung weiterhin an. Die Vorräte aus der vorjährigen Schlagkampagne sind nahezu gänzlich abgesetzt. Die Versorgung mit Rundholz stößt gegenwärtig auf große Schwierigkeiten, und die Preise zeigen infolgedessen noch immer stark steigende Tendenz. Die Ausfuhr von Holzmaterial ist im ganzen noch sehr umfangreich, wenn auch der Export im September im Vergleich zum August sowohl im allgemeinen als auch bei den einzelnen Posten der Warengruppe Holz nicht unerheblich abgenommen hat. Es ist letzthin wieder eine Reihe von Abschlüssen, hauptsächlich nach England, auf Lieferungen für Dezember und die ersten drei Monate des kommenden Jahres erfolgt, bei denen höhere Preise als die gegenwärtigen erzielt wurden. Der September-Export von insgesamt 554 165 To. im Werte von 31 936 000 Goldzł. (gegenüber 644 739 To. im Werte von 35 072 000 Goldzł. im August d. J.) verteilt sich auf die Hauptposten der Warengruppe wie folgt: Schnittmaterial 192 287 (200 735) To., Klötze, Blöcke und Langholz 88 636 (99 876) To., Papierholz 135 751 (169 585) To., Grubenholz und -Knüppel 94 478 (107 184) To., Eisenbahnschwellen 16 593 (28 050) To., Telegraphenstangen 4849 (10 554) To., Böttchereierzeugnisse 2744 (3086) To., Möbel 538 (597) To. — Nicht sortiertes Fichtenschnittmaterial wurde mit 14,5 Pfund Sterling notiert, Rotholz mit 14—16,5 Pfund Sterling je Standard, Grubenholz mit 14,5 Sh. je Kubikmeter franko Danzig.

Viehmarkt.

Berliner Viehmarkt vom 29. Oktober. (Amtlicher Bericht.) **Auftrieb:** 1523 Rinder (darunter 435 Ochsen, 238 **Bullen**, 850 **Kühe und Färsen**), 1230 Kälber, 3350 Schafe, 8754 **Schweine**, — **Ziegen**, — **ausländ.** Schweine, — Ferkel. — Preise für 1 Pfd. **Lebendgewicht** in Goldpfennigen.

Rinder: Ochsen: a) vollfl., ausgemästete **höchsten Schlachtwerts** (jüngere) 60—61, b) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtw. im Alter von 4 bis 7 Jahren 54—57, c) junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 49—51, d) **mäßig genährte** jüngere und gut genährte ältere 36—45. **Bullen:** a) **vollfleischige**, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 59—61, b) **vollfleischige** jüngere höchsten Schlachtwertes 54—57, c) mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere 50—52, d) gering genährte 45—47. **Kühe:** a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes 47—50, b) sonstige vollfleischige oder ausgem. 37—43, c) fleischige 26—33, d) gering genährte 20—23. Färsen (Kalbinnen): a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtw. 57—58, b) vollfleischige 51—54, c) fleisch. 42—48, Fresser: 40—49.

Kälber: a) Doppellender feinster Mast —,—, b) feinste **Mastkälber** 80—93, c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber 63—82, d) **geringe Mast-** und gute Saugkälber 43—60, e) geringe **Saugkälber** —,—.

Schafe: a) Mastlämmer u. jüngere Masthammel: 1. Weidemast —,—. 2. Stallmast 64—68, b) mittl. Mastlämmer, ältere **Masthammel** und gut genährte junge Schafe 52—60, c) **fleischiges Schafvieh** 40—45, d) gering genährtes Schafvieh 30—35.

Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. Lebendgewicht —, b) **vollfleisch.** von 240—300 Pfd. Lebendgew. 67—69, c) **vollfl. von 200 bis 240 Pfd.** Lebendgewicht 64—67, d) **vollfleisch. von 160—200 Pfd.** 60—63, e) 120—160 Pfd. Lebendgew. 55—58, f) **vollfl. unter 120 Pfd.** —,—, g) **Sauen** 57—60. — Ziegen: —,—.

Marktverlauf: Bei Rindern, Schafen und Schweinen ziemlich, bei Kälbern ruhig.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 29. Oktober in **Krakau** — 2,48 (2,46), Zawichost + 1,02 (1,01), Warschau + 1,20 (1,21), Plock + 0,84 (0,84), Thorn + 0,71 (0,73), Fordon + 0,83 (0,84), Culm + 0,69 (—), Graudenz + 0,87 (0,87), Kurzebrak + 1,23 (1,26), Montau + 0,52 (0,52), Piekel + 0,40 (0,42), Dirschau + 0,12 (0,11), Einlage + 2,50 (2,20), Schiewenhorst + 2,68 (2,46) Meter. (**Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.**)

Paul de Lagarde.

Zum 100. Geburtstag am 2. November 1927.

Von **Hans Schwarz.**

Jawohl, unbequem sind wir, aber ihr lebt durch uns, und wenn wir unbequemen Einsiedler und Sonderlinge nicht wären, so würdet auch ihr bald aufhören, zu sein. Paul de Lagarde.

Mit diesen stolzen Worten hat Paul de Lagarde einstmals aus einer deutschen Schwäche trotzig eine deutsche Stärke gemacht, um über das Augenblickliche hinaus unser Ewiges zu halten.

Er war geboren, als die Erinnerung des großen Krieges gegen Napoleon verblaßte. Die Flamme der Freiheit schien zu verlöschen. Die Jugend wandte sich gegen das Alter und wurde verfolgt, die Alten lehrten, als habe nie der Krieg die Geister verändert, die Beschaulichkeit der Bürger schuf sich einen behaglichen Stil, und die großen Mächte der Welt hatten anderes zu tun, als sich um Deutschland zu kümmern. Es war sonderlich, mit Stolz ein Deutscher sein zu wollen.

Und es war noch sonderlicher, ein Deutscher werden zu wollen. Aus dem jungen Preußen Bötticher zu Berlin wurde der Deutsche Lagarde. Ihn bestimmte die Erkenntnis, die sich ihm zeitlebens bewährt hat, daß weder Volk noch Person bei sich stehen bleiben dürfen, und daß Lebendigkeiten zukunftssicherer, als leere Formen sind.

Nach 1813 hatten viele auf Preußen gehofft. Der junge Lagarde wuchs in den Zeiten heran, als sich die Herzen vor Preußen zu schließen begannen. Mit dem Versagen des Geistes wurde auch die Rüstung schlecht, und die Bahn nach Olmütz war frei. Kein Wunder, daß die Ideale, die zu 1848 führten, auch den jungen Lagarde ergriffen. Wohl haben sie ihn später enttäuscht, aber sein ursprüngliches Gefühl war gesund. Er überwarf sich mit seinem Vater, und aus dem enttäuschten Preußen wurde ein glühender Deutscher, der einen neuen Namen annahm — so groß war das Verlangen, mit der Vergangenheit Schluß zu machen.

Er hat trotzdem Preußisches genug behalten. Wenn er später verlangte, es hieße die Armen für Lumpen erklären, wenn man sie nicht zu Steuern heranziehe, wenn er Wehrpflicht und Steuerpflicht für Wechselbegriffe erklärte, so sprach er aus dem Erbe des Blutes. Nur daß dieses Blut in eine höhere Liebe aufgegangen war. Das Land der Junker gab ihm den Sinn für Aristokratie und Konservatismus auf den Weg. Aber er hat sie anders gedeutet und von toter Dogmatik befreit. Er hat es im Leben immer mit der Minderheit gehalten, das war seine aristokratische Weltanschauung, und er hat aus dem konservativen Gedanken die Nötigung gemacht, jedem Menschen das Recht und die Möglichkeit zu geben, ihn werden zu lassen, was Gott mit ihm wollte. Das war nicht nur ein Bekenntnis zur Persönlichkeit, sondern verband auch den konservativen Menschen als Staatsmenschen mit der Religion.

Dieser Sinn für die Zusammengehörigkeit von Staat und Religion fehlte damals allenthalben. Was Lagarde beobachtete, drängte ihn dazu, religiöse und geistige Erneuerung nicht zu trennen. Als politischer Mensch suchte er sie in einer nationalen Kirche. Diese wurde ihm Grundlage eines deutschen Nationalstaates, ohne etwa dem Staat theokratischen Charakter zu geben. Nationen waren Lagarde wie Persönlichkeiten Ideen von Gott. Damit wandte er sich gegen Liberalismus und bürgerliche Humanität.

Er hat es sich mit seiner Polemik nicht leicht gemacht. Er stellte die Kirche Winfrieds, das römische Recht und die Reformation unter die gleiche Anklage, Träger des Liberalismus zu sein. Er verglich den parlamentarischen Rechtsstaat mit einem Faustrechtstaat, in welchem der Ruf nach Schluß der Debatte unblutig alle Gründe ersetze. Er sah in Staatsanwalt und Presseagenten die Signatur der Epoche, die mit der Polizei aus Menschen Figuren machte und Literatenhaftigkeit mit Geist verwechselte. Er hat die Professoren gescholten, daß sie von altem Geiste seien und die Jugend zu neuer Idealität nicht anzuhalten vermöchten. Er hat selbst Bismarck nicht verschont, dem er die Nachgiebigkeit gegen den Demokratismus der Parlamente verdachte. So klagte er wohl, daß wir Deutschen als Nation das Gute wohl duldeten, aber es nicht selbst erzeugten.

Doch er war zu bejahen geschaffen, wie das Opfer seiner Jugend bewies. Er wurde nicht müde, zu predigen, daß wir entweder vor einer neuen Zeit oder vor dem Untergang stünden. Die Humanität nannte er unsere Schuld und Peinlichkeit, unsere Individualität wurde mitsamt ihrer Einordnung zu unserer Aufgabe.

So sprach er aus glühender Idealität, die auf Erden ihren Leib suchte. Denn ihm war es mit der Anerkennung des Ideals nicht getan, wenn mit der Wirklichkeit nicht ernst gemacht wurde. Erst dann ließ sich das Ideal des Herzens in eine sichtbare Gemeinde übersetzen, und der Idealismus war zwar nicht Frömmigkeit, aber doch der Weg dazu.

Welcher Leib wäre dieser Idealität natürlicher gewesen, als der der deutschen Nation? Ihr Volkstum galt es zu erneuern, den angeborenen Adel geistig wiederzuerwecken. Die Grenzen des Bismarckischen Reiches konnten nicht genügen. Der Blick wandte sich nach Österreich, wo das Deutschtum zurückzuweichen schien. Die Germanisierung Österreichs schien Lagarde für Deutschland eine Lebensfrage zu sein, und er ließ nicht nach, öffentlich dafür einzutreten. So drängte sich ihm die Vorstellung der eigenen Überbevölkerung mit dem Verlangen nach Kolonisation zusammen und forderte die Beachtung einer Geschichte, die dem Reichsdeutschen für gewöhnlich fremd blieb.

Der Zug in den Raum die Donau hinab ließ ihn alte Mythen wieder erleben. Er begriff, daß die mythische Neuerfassung des Deutschtums wichtiger als materielle Ausbreitung sei. Von den Nibelungen über die Babenberger zu Prinz Eugen suchte er Gestalten, die Führer werden konnten. Viel zu viel belastet mit Historismus und Wissen um Erbe rief er die Deutschen auf, sich weniger als Erben, denn als neue Ahnen zu fühlen. Seine Liebe zur Nation verlangte aus dem unfruchtbaren Kreislauf politischer Begrifflichkeit herauszufinden und neue Räume mit kolonisatorischer Haltung zu erschließen. So faßte er die Aufgabe des neuen größeren Deutschland wesenhaft.

Es hat Gott über Leben und Tod gefallen, gestern nachmittag 4 Uhr meinen lieben, guten Mann, unseren lieben Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, den

Kaufmann

Carl Pauls

aus seinem arbeitsreichen Leben in die Ewigkeit abzurufen.

In tiefem Schmerz

Auguste Pauls geb. **Schultz.**

Bromberg, den 29. Oktober 1927.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. November 1927, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten evangelischen Friedhofes, Wilhelmstraße, aus statt. 7143

Heute vormittag 6 Uhr entschlief nach schwerem Krankenlager meine teure Frau, unsere liebe, gute Mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau

Mathilde Schuster

geb. **Bork**

im Alter von 64 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen

Albert Schuster
Anna Schumacher geb. **Schuster**
Else Aue geb. **Schuster**
Paul Schumacher, Nakło
Karl Aue, Berlin
und 4 Enkel.

Nakło, den 30. Oktober 1927.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Nakło aus statt. 7156

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verstarb nach kurzem schweren Leiden Sonnabend mittag 12 Uhr unser innig geliebter, unermüdlicher Vater, unser lieber guter Großvater und Urgroßvater 7170

August Manthey

im 83. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Albert Manthey.

Lochowo, den 31. Oktober 1927.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden, sowie Herrn Pastor **Hesekiel** für die trostreichen Worte am Sarge meiner lieben Frau, unserer teuren Mutter sagen wir Allen auf diesem Wege unseren

innigsten Dank.

August Czyslicki
nebst Kindern.

Bydgoszcz, den 31. 10. 1927. 7157

Die polnische Minderheit in Deutschland.

Wie die **„Gazeta Olsztyńska“** mitteilt, fand unlängst in Oppeln eine Tagung des Bezirks I des „Verbandes der Polen in Deutschland“ statt, in der folgende Entschließung angenommen wurde:

„Die Versammlung des Bezirks I der Polen in Deutschland, die am 23. Oktober 1927 in Großowitz bei Oppeln stattfand, stellt feierlich fest, daß das polnisch-katholische Volk des Bezirks Oppeln sich zusammen mit allen in Deutschland lebenden Brüdern und Schwestern unzertrennlich **mit dem ganzen polnischen Volke kulturell verbunden** fühlt. Das polnisch-katholische Volk Oppeln-Schlesiens wird zusammen mit dem ganzen Rest der polnischen Brüder und Schwestern aus Ostpreußen, dem Grenzgebiet, aus Mitteldeutschland, sowie Westfalen und dem Rheinland in Ausdauer um seine berechtigten national-religiösen Rechte kämpfen.“

Die Versammlung stellt ferner fest: Wir sind Bürger des Deutschen Reiches und fühlen uns als solche verpflichtet, alle sich aus unserer deutschen Staatszugehörigkeit ergebenden Aufgaben zu erfüllen. Gleichzeitig aber besitzen wir das volle nationale Bewußtsein, schätzen es als den größten Schatz und fordern, daß der Staat uns in der Erhaltung unserer nationalen Eigenart so unterstütze, wie dies die rechtliche Ethik, die positiven Bestimmungen der Konstitution des Deutschen Reiches und die internationalen Verpflichtungen fordern.

Wir sind eine nationale Minderheit. Wir glauben an die Unsterblichkeit der nationalen Idee und glauben gleichzeitig an den Sieg der Grundsätze des harmonischen Zusammenlebens der Völker, das sich auf die gegenseitige Achtung der kulturellen Eigenheiten und die Gemeinsamkeit der Interessen stützt.“

Eine ausgezeichnete Entschließung, die das Deutschtum in Polen vice versa als eigene Kundgebung gelten lassen könnte. Leider fehlt ihm das Podium für solche Bekenntnisse. Während der „Verband der Polen in Deutschland“ selbstverständlich ungestört tagen kann, ist der „Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte seit vier Jahren noch immer geschlossen. Man hat ihm zwar nicht den geringsten Fehltritt nachweisen können, aber trotzdem darf eine gewisse Presse noch heute ihre unwahren Verleumdungen gegen das zahme Gegenstück des „Verbandes der Polen“ ungehindert wiederholen.

Nationalstaat oder Nationalitätenstaat?

Vor kurzem hat der frühere Kultusminister **Stanislaus Grabski** ein Buch, betitelt „Die Krise des modernen Staatsgedankens“, herausgegeben, in dem er in besonders extremer Weise den märchenhaften Gedanken des polnischen Nationalstaates vertritt, im Gegensatz zu der Tatsache, daß Polen der Zusammensetzung seiner Bevölkerung nach einen ausgesprochenen Nationalitätenstaat darstellt. In einer bemerkenswerten **Kritik** befaßt sich nunmehr der Warschauer sozialistische **„Robotnik“** mit diesem Buche und schreibt u. a.:

Der Grundgedanke dieses Buches beruht darin: Der polnische Staat ist ein Organ des polnischen Volkes. Herr Grabski zieht aus dieser Voraussetzung widerrechtlich zwei Schlüsse nationalistischer Natur:

1. daß die Forderungen anderer Nationalitäten auf dem Gebiete der polnischen Republik in keinem Maße und keinem Bereich, sowie keinem Gebiete mitbestimmend sein können, und

2. daß das Wirtschaftsvolk eine Nationalistenpolitik führen muß, selbst wenn diese für den Staat schädlich ist.

Wir beginnen, zu begreifen, weshalb der nationale Gedanke trotz allen Anscheines antistaatlich ist. Herr Grabski will um jeden Preis das Interesse des Volkes (wie er es auffaßt), das Interesse der nationalistischen Politik also, an die Stelle des Staatsinteresses setzen. Daher erschreckt in der Gedanke des Ausbaus der Minderheitenschulwesens. Aus diesem Grunde fordert er bei seiner Abhandlung über die Wahlordnung die Schmälerung der Rechte der nichtpolnischen Minderheiten und schreibt, daß es notwendig sei, in jedem gleichen Bezirke den Einfluß des polnischen Volkes auf die Staatsangelegenheiten mit dem der nationalen Minderheiten gleich zu stellen. (Die Forderung wird natürlich nur für jene Bezirke aufgestellt, in denen die Polen eine Minderheit bilden. In allen anderen Fällen sollen die Polen natürlich ihre Mehrheit kräftig ausnutzen! D. R.) Mit einem Worte man soll die nationalen Minderheitlehrer ihrer verfassungsmäßigen Rechte und auch des Rechtes auf die freie kulturelle Entwickelung berauben

Nehmen wir z. B. Wolhynien mit seinen 42 000 Polen auf eine Bevölkerung von 1,4 Millionen. Dort beträgt die Zahl der Ukrainer 984 000. Wie will der Verfasser gleiche Vertretungen dem polnischen Sechstel und den nichtpolnischen Fünfsechsteln der Bevölkerung beschaffen? Die Wojewodschaft Stanislau zählt 292 000 Polen, dagegen 940 000 Ruthenen, und auch hier wissen wir nicht, in welcher Weise beiden Bevölkerungsschichten die gleiche Vertretung gesichert werden soll. Vom staatlichen Gesichtspunkte aus betrachtet, ist dies ein Unsinn. Gewiß soll nicht geleugnet werden, daß in den Ostprovinzen die hauptschöpferische Staatskraft die Polen sind. Geht etwa daraus hervor, daß man das ukrainische oder weißrussische Volk durch die Beraubung seiner Rechte vom Staate zurückdrängen soll? Nach Grabski müßte das polnische Volk eine unkluge Politik betreiben und die Fremdstämmigen zur Irredenta und zum Nationalbolschewismus treiben. Als Antwort haben Grabski und Genossen das Schlagwort, daß sich das ukrainische Volk selbst bei einer liberalen Politik gegen Polen wenden werde. Wenn dem tatsächlich so wäre, so haben wir keinen Grund, einen Volksstamm zur Auflösung direkt herauszufordern. Wir sind der Ansicht, daß das Buch schädliche Forderungen der Nationaldemokratie und der nationaldemokratischen Utopie enthält.

Abänderungen des Stempelsteuergesetzes.

Durch Verordnung des Staatspräsidenten vom 7. Oktober d. J., „Dz. Ust.“ Nr. 90, Pos. 804, sind im Stempelsteuergesetz vom 11. Juli 1926 folgende Veränderungen getroffen worden:

1. Der letzte Absatz des Art. 67 erhält folgende Fassung: Schlußscheine, die von einem vereidigten Makler angefertigt sind und an der Warenbörse abgeschlossene Börsengeschäfte betreffen (§ 26 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 28. 12. 24) unterliegen einer Gebühr in Höhe von 50 Groschen. Bisher lauteten die letzten Worte: „von 0,1 Prozent“.

2. Der erste Absatz des Art. 117 erhält folgende Fassung: Ein Schreiben, das die Erteilung einer Bürgschaft bestätigt, unterliegt einer Gebühr von 3,— Zloty. Die Gebühr von der Bürgschaft bzw. die Summe der Gebühren von allen Bürgschaften, die sich auf dieselbe Verpflichtung beziehen, darf nicht die Hälfte der Gebühr für ein Schreiben überschreiten, das die Verpflichtung bestätigt, wofür die Bürgschaft erteilt worden ist. Bisher lautete dieser Absatz des Art. 117 nur: „Ein Schreiben, das die Erteilung einer Bürgschaft bestätigt, unterliegt einer Gebühr von 3 Zl.“

3. Der erste Absatz des Art. 136 erhält folgende Fassung: „Quittungen über den Empfang von Geld und Wertpapieren unterliegen grundsätzlich einer Gebühr von 20 Gr.“. Die bisherige Fassung lautete: „Quittungen über den Empfang von Geld, Wertpapieren und anderen Gegenständen unterliegen grundsätzlich einer Gebühr von 20 Groschen.“

4. Punkt 1 des Art. 137 erhält folgende Fassung: „. . . welche den Empfang von Geld oder Wertpapieren bestätigen, deren Wert 50 Zl. nicht übersteigt.“ In der bisherigen Fassung lautete die Bestimmung, daß von der Stempelgebühr befreit sind Quittungen: 1. welche den Empfang von Gegenständen bestätigen, deren Wert 50 Zl. nicht übersteigt.“

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 31. Oktober.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa bei wenig veränderten Temperaturen Bewölkung und strichweise Niederschläge an.

Reformationsfest.

Eherne Hammerschläge hallten vor 410 Jahren an den mittelalterlichen Häuserfronten des Schloßplatzes zu Wittenberg wider, als Luther seine 95 Thesen an die Eingangstür der Schloßkirche schlug. Diese Hammerschläge wurden dem deutschen Volke zu einem Weckruf, der es aus seiner religiösen Abhängigkeit und Gedankenlosigkeit emporschreckte. Wie ein schnelles Licht verbreitete sich die Reformation durch alle deutschen Lande und blieb nicht nur in den Grenzen Deutschlands, sondern ergriff fast alle germanischen Völkerstämme. Kriegsfackeln loderten auf, Armeen kämpften viele Jahrzehnte lang gegeneinander, und alle rangen sie um die wahre Erkenntnis des Gottesglaubens.

So wurde die Reformation nicht nur den Protestanten ein Weckruf, sondern der gesamten abendländischen Christenheit. Denn auch die katholische Kirche mußte die Quellen ihres Glaubens reinigen, um ihren Anhängern gegenüber in wahrem christlichen Lichte erscheinen zu können. Der Idealismus auf der einen Seite mußte auch alle idealistischen Kräfte der anderen Seite auf den Plan rufen, und so vollzog sich eine Läuterung des Glaubens, wie sie in der Geschichte der christlichen Religion einzig dasteht.

Verkleinerte sich auch in der Gegenreformation die Zahl der Protestanten wieder, so ist doch die Gemeinde der gläubigen Protestanten trotz aller Anfeindung den Grundsätzen ihres großen Lehrers Luther in allen späteren Jahrhunderten treu geblieben. Von vielen Tausenden von evangelischen Kirchen erklingen die Glocken, die zur Feier des großen Tages der evangelischen Gläubigen aufrufen. Von vielen Tausenden von Kanzeln wird das Wort Gottes aus der deutschen Bibel verlesen, die Luther geschaffen hat. Denn auch das war sein großes Werk, daß man anfing, von der Eider bis zu den Alpen, von der Narwa bis nach Straßburg eine gleiche Sprache zu sprechen: das Deutsch der lutherischen Bibel. So dankt heute noch eine Gemeinde von vielen Zehnmillionen Deutscher ihrem Schöpfer dafür, daß er ihnen einen Mann gesandt hat, der den Durst ihrer Seelen mit der Erkenntnis des Gotteswortes auf ihre Art zu stillen vermochte.

§ **Eine Stadtverordnetensitzung** findet am Freitag, den 4. November, um 6½ Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen nur einige Wahlen und die Anlage von Kanalisation und eines Bürgersteiges an der Schule in Schöndorf.

§ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug heute bei Brahemünde + 3,00 Meter, bei Thorn etwa + 0,80 Meter.

§ **Bromberger Schiffsverkehr.** Durch Brahemünde gingen im Laufe des gestrigen Tages vier beladene Oderkähne und zwei Dampfer nach der Weichsel; nach Bromberg kamen zwei Dampfer und zwei unbeladene Oderkähne.

§ **110. Jahresfeier des Bromberger Gymnasiums.** Am gestrigen Sonntag versammelten sich in Berlin viele Hunderte alter Schüler des Bromberger Gymnasiums, um in einer stillen Feierstunde das Gedächtnis ihrer alten Lehrstätte zu ehren, die 1920 in polnische Verwaltung übergegangen ist. 110 Jahre sind es her, als nach der Wiedereinfügung Brombergs in die Grenzen des preußischen Staates im Jahre 1817 das Bromberger Gymnasium gegründet wurde. Seiner Bedeutung sich bewußt werdend, wurde die neugeschaffene Lehranstalt bald eine der bedeutendsten Anstalten im Osten. Einer ihrer ersten Direktoren war der hervorragende Pädagoge und Wissenschaftler Prof. Heinrich Deinhardt. Auch seine Nachfolger leiteten die Anstalt erfolgreich in dem Bestreben zielbewußter Kulturarbeit. Als letzter unter ihnen hatte der stellvertretende Direktor, Prof. Gerlach, am 29. Januar 1920 die Aufgabe, das Gymnasium der polnischen Verwaltung zu übergeben.

§ **Schonzeit für Krebse.** Es wird darauf hingewiesen, daß für die Zeit vom 1. 11. bis zum 31. 5. jeden Jahres eine Schonzeit für Krebse festgesetzt ist. Während dieser Zeit dürfen keine Krebse gefangen werden, auch nicht zum Verkauf gelangen. Zuwiderhandlungen werden gemäß den bestehenden Verordnungen bestraft. Dieses Verbot umfaßt jedoch nur die Wojewodschaft Posen, während Krebse aus Gewässern anderer Wojewodschaften stammend, in denen keine Schonzeit besteht, ungehindert zum Verkauf gelangen können.

§ **Im Gerichtssaal verhaftet** und in Untersuchung genommen wurde am Sonnabend der Student der Technik Stanisław Wilemski aus Plock, der hier vor längerer Zeit auf Grund gefälschter Ausweise eine Sammlung von Geldern vornahm und viele Personen schädigte.

§ **Ein Zusammenstoß,** der recht glimpflich abgelaufen ist, ereignete sich gestern gegen 12.30 Uhr an der Ecke Wilhelm- und Hempelstraße zwischen dem Rettungswagen der Feuerwehr und der Straßenbahn. Personen kamen nicht zu schaden; dem Auto wurde ein Kotflügel abgerissen.

§ **Ein großer Hühnerdiebstahl** wurde in Wierzchucin, Kreis Bromberg, verübt. Dort wurden aus einem Stall dem Wirt Alexander Rostek 30 Hühner im Werte von 75 Zloty gestohlen.

§ **Ein frecher Diebstahl** wurde am vergangenen Sonnabend bei der Firma Behrendt, Danzigerstraße 16/17, verübt. Dort erschien eine Frau mit ihrem Kinde, das im Gedränge einen Eimer Marmelade stahl und darauf mit der Mutter verschwand. Die eingeleitete Untersuchung war erfolglos.

§ **Ein Fahrrad,** das unbeaufsichtigt stehen gelassen worden war, wurde einem Alois Strehlau, Bahnhofstraße 4, gestohlen.

§ **Verhaftet** wurden drei Diebe, ein Trinker, ein Bettler und eine gesuchte Person.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

D. G. f. K. u. W. Freitag, den 4. November, abends 8 Uhr, in der Deutschen Bühne: Einmaliges Gastspiel der Wander-Kammer-Oper der Gemeinnützigen Vereinigung zur Pflege deutscher Kunst e. V.: „Der gefangene Vogel“, ein lyrisches Spiel für Menschen und Marionetten von Karla Höcker, Musik von Hans Chemin-Petit. „Der verliebte Gesangsmeister“, Singspiel in 2 Akten von Helene Federn, Musik nach der handschr. Partitur von Giovanni Batt. Pergolesi. (Vorverkauf nur in der Buchh. E. Hecht Nachf. Es empfiehlt sich, wegen der starken Nachfrage die Karten rechtzeitig zu besorgen!) (13706

* * *

* **Kolmar** (Chodzież), 29. Oktober. Ministerbesuch. Innenminister Składkowski besichtigte in Begleitung des Vizewojewoden die Stadt Kolmar und äußerte sich anerkennend über die Sauberkeit der Häuser und Straßen. — 7394 Einwohner zählt unsere Stadt nach der Personenstandsaufnahme vom 20. Oktober 1927. Davon sind Polen 5919 = 80 Prozent, Deutsche 1416 = 19,15 Prozent, Juden 22 = 0,29 Prozent, Ausländer 37 = 0,50 Prozent. Katholiken 6506 = 88 Prozent, Evangelische 863 = 11,70 Prozent, Juden und andere Bekenntnisse 22 bzw. 3 = 0,30 Prozent.

* **Lissa** (Leszno), 29. Oktober. Schon wieder ein Autounfall. Als am gestrigen Vormittag gegen ½11 Uhr das Personenauto einer hiesigen Firma auf der Kankeler Chaussee, etwa 100 Meter vor dem Bahnübergang, einem entgegenkommenden, zweimal in falscher Richtung ausbiegenden Fuhrwerk im letzten Moment auszuweichen versuchte, kam das Auto ins Rutschen und prallte gegen einen Baum an. Das rechte Vorderrad und die Vorderachse wurden vollkommen zertrümmert. In dem Auto befand sich nur der Chauffeur, der keinerlei Verletzungen davontrug.

* **Posen** (Poznań), 29. Oktober. Das Spiel mit der Schußwaffe. Am Donnerstag, gegen 8½ Uhr abends, machte sich auf der Glogauer Straße 114 in den Schlafräumen der Eisenbahnbeamten der 19 Jahre alte Schlossergeselle Stanisław Majchrzycki an einem geladenen Revolver zu schaffen. Plötzlich krachte ein Schuß und traf den auf dem Bett sitzenden 18jährigen Anton Kolata in die Herzgegend, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Kolata wurde als Leiche in das Militärhospital eingeliefert. Der unvorsichtige Majchrzycki wurde verhaftet und dem Gericht übergeben.

ꕥ **Posen** (Poznań), 30. Oktober. Die Modernisierung des heutigen Lebens scheint auch allmählich bei der Posener Post durchzugreifen. Diese hat nämlich vor kurzem 8 Motorräder mit Beiwagen angeschafft, mit deren Hilfe die Postbriefkästen geleert werden. Besonders wird dadurch ein schnellerer Versand der Briefe innerhalb der Stadt hebeigeführt. Vorgestern stellte die Post auch drei große Lastauts in den Betrieb, die die Briefe von der Post zur Bahn und umgekehrt besorgen sollen. — Feuer brach gestern im chemischen Laboratorium, Bukerstraße 43, aus. Die sich dort befindenden Benzinvorräte erschwerten das Löschen. Bei den Rettungsarbeiten erlitt schwere Brandwunden der Arbeiter Stefan Jabłonowski, Kronprinzenstraße 62, so daß er ins städtische Krankenhaus geschafft werden mußte. — Von einem Gerüst am Hause Breitestraße heruntergestürzt ist der Maurer Antoni Piechocki. Mit schwerem Beinbruch mußte er ins städtische Krankenhaus geschafft werden. — Selbstmord durch Erhängen verübte in der Wohnung Mühlenstraße 4 ein gewisser Z. Die Motive der Tat sind noch nicht festgestellt. — Tödlich überfahren wurde von einem Kraftwagen die dreijährige Irene Matela von der Grotgera 14. Kurz nach der Einlieferung in das städtische Krankenhaus starb das Kind.

ꝏ **Pudewitz** (Pobiedziska), 28. Oktober. Der letzte Pferdemarkt war reichlich beschickt und der Handel lebhaft. Vieh war nur wenig aufgetrieben. Gute Luxuspferde, 4—7 Jahre alt, brachten 900—1200 zł, gute Arbeitspferde, 4—8 Jahre alt, 600—800 zł, alte Arbeitspferde 300—500 und abgetriebene ausrangierte Pferde 60—200 zł. Gute Milchkühe, 4—6 Jahre alt, wurden mit 600—800, ältere Kühe 350 bis 500, Jungvieh 300—400 zł gekauft. — Das Einbringen von Futterrüben und Wruken ist in hiesiger Gegend beendet; die Zuckerrübenernte ist noch nicht beendet. Die Roggensaaten haben sich nach dem letzten Regen sehr gebessert, aber die Landwirte klagen allgemein über dünnen Bestand.

* **Tremessen** (Trzemeszno), 29. Oktober. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden die Subvention des Magistrats für kulturelle Zwecke des Westmarkenvereins von 100 auf 25 zł und die Subvention für die Sommerkolonien für polnische Kinder aus Deutschland, Danzig und Schlesien von 100 auf 50 zł herabgesetzt. Nach Annahme des Antrages betreffend den Umbau des Kassenlokals wurde noch beschlossen, die Redaktion des „Dziennik Bydgoski“ wegen Veröffentlichung eines Berichts über die letzte geheime Sitzung des Stadtparlaments zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen.

Kleine Rundschau.

Maximilian Harden †.

Berlin, 31. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern ist der bekannte politische Schriftsteller Maximilian Harden an einem Anfall von Bronchitis gestorben, nachdem er am 20. d. M. seinen 66. Geburtstag gefeiert hatte.

Harden, dessen bürgerlicher Name Wienskowski war, war ein Bruder des früheren Oberbürgermeisters Dr. Witting-Posen. Der Verstorbene ist besonders durch die Herausgabe der politischen Wochenschrift „Die Zukunft“ bekannt geworden.

*

* **Gesang mit Seife.** Der Pastor einer amerikanischen Sekte suchte durch folgendes Plakat, das er an seiner Kirche anschlagen ließ, seine Gemeinde in das Haus zu locken: „Am kommenden Sonntag: 14. fröhlicher Gabentag. Jede Dame erhält beim Verlassen der Kirche ein Stück „Ideal“-Toilettenseife gratis. Vorher: Lebhafter Freudengesang sowie Predigt über das Thema: „Das schlampige Leben unserer Männer“. Zuletzt das süße Lied: Weißer denn Schnee.“ — Die Kirche soll sehr voll gewesen sein.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für den redaktionellen Teil: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; gedruckt und herausgegeben von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten